DURLACH

SPD

125 JAHRE SPD Durlach

SPD-Ortsverein Durlach (Hg.)
Jan-Dirk Rausch (Text)

125 JAHRE SPD Durlach

SPD-Ortsverein Durlach (Hg.)
Jan-Dirk Rausch (Text)

DURLACH

SPD

Impressum

Herausgeber:
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Durlach, 2014
Text: Dr. Jan-Dirk Rausch
Chronik der Mandatsträger: Susanne Oppelt
Gestaltung: Matthias Meier, www.remame.de
Wir danken Dr. Ernst Otto Bräunche, Angelika Herkert und Katja Schmalholtz vom Stadtarchiv Karlsruhe für die Unterstützung.

Inhalt

Grußwort Sigmar Gabriel 2
Grußwort Dr. Nils Schmid 4
Grußwort Dr. Frank Mentrup 6
Grußwort Johannes Stober 8
Grußwort Parsa Marvi 10
Grußwort Alexandra Ries 12
Grußwort Stefan Volz 14
125 Jahre SPD Durlach 16
Durlachs radikale Demokraten 1848/49 18
Neue Herausforderungen durch die Industrialisierung 24
Arbeiterbildungsverein, Pfeifenclub „Fidelia“ und Arbeiterwahlverein: Die Gründung 1889 26
Erste Wahlerfolge 28
Rosa Luxemburg in Durlach 30
Die SPD Durlach in der Weimarer Republik 32
Der Durlacher Bürgermeister Jean Ritzert 36
Todesopfer im Straßenkampf 40
Die Machtergreifung der Nationalsozialisten und das Schicksal der SPD 43
Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg 47
Sozialdemokratische Stadtamtsleiter 50
Kommunalpolitik ohne gewählte Volksvertretung 51
Politisierung der Gesellschaft und Debattenkultur 54
Ein Durlacher als Symbol für parteiinterne Konflikte 57
1989: 100 Jahre SPD Durlach 60
Drei Durlacher Sozialdemokraten 63
2014: Die SPD Durlach in Gegenwart und Zukunft 66
Anhang 68
Literaturverzeichnis 70

Grußwort

Sigmar Gabriel
Bundeswirtschaftsminister
und SPD-Parteivorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum 125. Jubiläum des Ortsvereins Durlach übersende ich Euch aus dem Willy-Brandt-Haus meine herzlichen Glückwünsche.

Jubiläen wie dieses sind Anlass zum Rückblick: Die SPD ist die älteste demokratische Partei in Deutschland. 2013 ist die SPD 150 Jahre alt geworden. Von Beginn an kämpft die Sozialdemokratie für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie. In diesen Jahren war sie immer Teil einer internationalen Freiheitsbewegung. Die Geschichte der Demokratie in Deutschland ist nicht von der Geschichte der Sozialdemokratie zu trennen. Die Mitglieder der SPD — Frauen und Männer — haben Freiheitsrechte und Demokratie erstritten, das Frauenwahlrecht erkämpft und sich jeder Diktatur widersetzt. Weitsichtig und tapfer haben sich die Mitglieder der SPD dem Nationalsozialismus in den Weg gestellt. Diesen mutigen Einsatz haben viele Genossinnen und Genossen mit ihrem Leben bezahlt. Ihre Opfer für Freiheit und Demokratie sind uns dauerhafte Mahnung und Verpflichtung.

Auch nach der Befreiung 1945 stand die SPD auf Seiten von Demokratie und Freiheitsrechten. In der Sowjetisch Besetzten Zone kämpften aufrechte Sozialdemokraten gegen die Zwangsvereinigung mit der KPD. Als 1989

mutige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der DDR eine eigene Partei gründeten, läuteten sie damit das Ende der Diktatur der SED ein.

Die zweite deutsche Demokratie in der Bundesrepublik hat die SPD entscheidend geprägt. Seit dem Godesberger Programm von 1959 versteht sich die SPD als linke Volkspartei in der Mitte unserer Gesellschaft, die für alle Menschen in unserem Land offen ist.

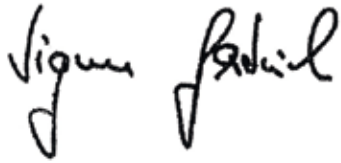
In ihren Regierungszeiten hat die SPD viel erreicht. Die Ostpolitik unter Willy Brandt hat den Eisernen Vorhang erst durchlässiger gemacht und später geholfen, ihn ganz zu überwinden. Helmut Schmidt hat in schwierigen Zeiten Ökonomie und Soziales zusammengebracht. Mit Gerhard Schröder haben wir die bleierne Last der Kohl-Jahre überwunden und eigenständige außenpolitische Verantwortung bewiesen. Das Nein zum Irak-Krieg bleibt ein sozialdemokratisches Verdienst.

Die SPD wird diesen Weg fortführen: Sie wird gebraucht. Die sozialdemokratische Idee erreicht die Menschen seit 1863. Die Idee der Freiheit von Not und Unterdrückung. Aber auch die Idee der Freiheit, aus seinem Leben etwas machen zu können. Die Idee, dass man nicht gebunden ist an Herkunft, Geschlecht oder Hautfarbe. Die Idee von einem offenen und freien Lebensweg, den jeder Mensch ohne Hürden beschreiten kann. Wir wissen diese sozialdemokratische Idee fest in der Mitte Deutschlands verankert. Sie ist hochmodern.

Ich weiß, was in den Ortsvereinen und Unterbezirken jeden Tag geleistet wird. Für diese mühsame, ausdauernde Arbeit danke ich Euch allen sehr herzlich. Sie ist ein großer Schatz für unsere Partei. Meine Bitte: Bringt Euch ein in die Arbeit der SPD. Für eine starke, selbstbewusste und erfolgreiche SPD, die die Demokratie in unserem Land lebendig hält, brauchen wir Eure Ideen, Eure Erfahrungen und Eure Kraft. Helft mit, die sozialdemokratische Idee jeden Tag mit Leben zu erfüllen und das Leben der Menschen besser zu machen.

Dafür wollen wir arbeiten.

Mit einem herzlichen Gruß



Grußwort

Dr. Nils Schmid MdL
SPD-Landesvorsitzender
Stellvertretender Ministerpräsident sowie Finanz- und Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum 125-jährigen Bestehen des SPD-Ortsvereins Durlach gratuliere ich im Namen der SPD Baden-Württemberg, aber auch persönlich sehr herzlich. Ein solches Ereignis ist ein schöner Anlass, um zu feiern.

Dieses Jubiläum gibt aber auch Anlass zurückzublicken: Die SPD kann mit Stolz auf eine über 150 Jahre alte Tradition schauen. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben seitdem die politische und soziale Kultur in unserem Land entscheidend geprägt und mitgestaltet. Mein besonderer Dank gilt dabei dem Engagement aller aktiven Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Denn die SPD lebt durch ihre Basis, ohne die ehrenamtliche Tätigkeit unserer Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen wären unserer Ziele und politischen Vorhaben nicht zu erreichen.

Unsere Ziele haben auch 2014 nicht an Aktualität verloren. Besonders in der heutigen Zeit, in der wir vor vielen gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen stehen, ist es wichtig, dass wir uns weiterhin gemeinsam für die Grundwerte der sozialdemokratischen Politik, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, einsetzen. Mit einem Dreiklang aus einer guten und gerechten Arbeitsmarktpolitik, einer modernen Familienpolitik und einer Politik für mehr Bildungsgerechtigkeit wollen wir Baden-Württemberg erfolgreich in die Zukunft führen.

Ich wünsche der SPD Durlach alles Gute für die nächsten 125 Jahre und weiterhin viel Erfolg in ihrer Arbeit.

Herzliche Grüße
Euer

Grußwort

Dr. Frank Mentrup
Oberbürgermeister

Ich gratuliere der SPD in Durlach sehr herzlich zu 125 Jahren engagiertem Einsatz für die Menschen durch dauerhaftes politisches Engagement für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!

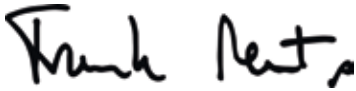
Seit 1882 bestand in Durlach der Arbeiterbildungsverein, aus dem am 20. Oktober 1889 in der „Genter'schen Bierhalle" ein Arbeiterwahlverein für den Bezirk Durlach gegründet wurde. Dieser war der Vorläufer der heutigen SPD. Die Industriearbeiterstadt Durlach fühlte sich schon Ende des 19. Jahrhunderts sozialdemokratischen Werten wie Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet.

Ob Arbeitsschutz, Arbeitnehmerrechte, Sozialversicherung, Genossenschaftswesen, Frauenwahlrecht, Mitbestimmung, internationale Friedenspolitik, der Kniefall von Willy Brandt in Warschau, Aufstieg durch Bildung – sozialdemokratische Werte und sozialdemokratische Ziele haben die deutsche und internationale Politik in den vergangenen über 150 Jahren entscheidend geprägt und sind mittlerweile tief im Selbstver-

ständnis und damit im Fundament unserer modernen Gesellschaft verwurzelt. Das ist Wertkonservatismus im besten Sinne des Wortes!

Doch all das wäre nicht möglich gewesen ohne die engagierten SPD-Mitglieder vor Ort, ohne die offiziellen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Ortschaftsrat, im Gemeinderat, im Regionalverband, im Land- und Bundestag, ohne die aktiven Mitglieder im Ortsverein bei Winter- und Maifeiern, aber auch intern – etwa als Vorstandsmitglieder in allen Aufgabenbereichen, beim Plakatieren oder am Infostand und vielem anderen mehr.

Und so danke ich allen früheren und jetzigen aktiven Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Durlach für den Einsatz für ihre Partei und die Gesellschaft, für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – für die Werte, die unsere Gesellschaft prägen.



Grußwort

Johannes Stober
SPD-Landtagsabgeordneter

Liebe Genossinnen und Genossen,

euch, dem größten Ortsverein in meinem Wahlkreis gratuliere ich ganz herzlich zum 125-jährigen Bestehen.

Als vor 125 Jahren der Durlacher „Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen“ (die damals verbotene SPD) gegründet wurde, war es ungleich gefährlicher, sich für seine sozialpolitischen Ziele einzusetzen als in der heutigen Zeit. Umso größer ist der Respekt, den wir unseren politischen Vorgängern entgegenbringen müssen. Es ist für uns Verpflichtung und Ansporn zugleich.

Sozialdemokraten setzen sich seit jeher für Chancengleichheit und Demokratie ein. Das tun sie bis heute.

Die Welt um uns herum ist allerdings komplizierter und schnelllebiger geworden. Soziale Gerechtigkeit ist heute nicht mehr nur eine Frage demokratischer Teilhaberechte und angemessener Arbeitsbedingungen.

Sozialdemokratische Positionen sind in unserer Zeit vielmehr überall auch dort gefordert, wo es um Chancen und Möglichkeiten

für Minderheiten, sozial Schwächere oder Teilhabe von Menschen mit Behinderungen geht.

Bei allem darf man nicht übersehen, dass es im Kernbereich immer noch Aufgaben gibt, die Sozialdemokraten wahrnehmen und durchsetzen: Stichwort Mindestlohn.

Die traditionelle Produktionsstätte und der Fließbandarbeiter spielen keine große Rolle mehr. Daher gilt es umzudenken und sich einer steten Veränderung zu stellen. Heute geht es um Fragen der Kinder- und Altenbetreuung, Altersarmut, Inklusion, Integration oder Mobbing am Arbeitsplatz. Gleiche Bildungschancen für alle Kinder, unabhängig vom finanziellen Status des Elternhauses, erfahren oberste Priorität.

Dem SPD-Ortsverein Durlach wünsche ich, dass er sich seinen über ein Jahrhundert gewachsenen sozialdemokratischen Idealismus bewahrt, den ungetrübten Blick für Ungerechtigkeiten, die sich immer wieder an anderen Stellen auftun und entschiedenes sozialdemokratisches Handeln erfordern.

In diesem Sinne freue ich mich auf die weitere hervorragende Zusammenarbeit mit Euch,

Euer

Johannes Stober

Grußwort

Parsa Marvi
SPD-Kreisvorsitzender
Vorsitzender der
SPD-Gemeinderatsfraktion
Karlsruhe

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum 125jährigen Jubiläum des SPD-Ortsvereins gratuliere ich der SPD Durlach im Namen des SPD-Kreisverbandes und der SPD-Stadtratsfraktion herzlich. Der Ortsverein Durlach gehört auch nach 125 Jahren zu den großen und namhaften Gliederungen der Karlsruher SPD. Wenn das Etikett „aktiver" Ortsverein eine Berechtigung hat, dann sicherlich in Durlach.

Diese Aktivität einer funktionierenden Organisation stellt sich bis heute bei der Durlacher SPD dar in Form von regelmäßigen Mitgliederversammlungen, die zur demokratischen Willensbildung beitragen, geselligen Sommerfesten, in denen das Savoir vivre nach badischer Art zum Vorschein kommt, einer großen Mobilisierungsfähigkeit bei lokalen und überregionalen Wahlkämpfen, einer ausgesprochenen Verankerung im Durlacher Stadtleben sowie einer hochkompetenten Arbeit der Vorstandschaft unter Leitung von Stefan Volz.

In ihren Ursprüngen waren sozialdemokratische Ortsvereine, und damit auch die Durlacher SPD, in erster Linie politische Bildungsvereine.

Heute stehen andere Aufgaben im Vordergrund. Die SPD lebt davon, dass glaubwürdige Ansprechpartner vor Ort sozialdemokratische Politik im Alltag wiedergeben, dass sie in ihrem täglichen Engagement Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zum Anfassen sind. Gerade im Bereich der Kommunalpolitik, im Gespräch mit politisch nicht gebundenen Bürgerinnen und Bürgern erfüllt der Ortsverein eine wichtige Funktion, die so niemand übernehmen kann. Ein Ortsverein kann aktiv zur Weiterentwicklung des eigenen Ortes beitragen. Er ist Scharnier zwischen Vereinen, Bürgerinitiativen, Kirchen und Institutionen. Und ein Ortsverein ist auch Seismograph für gesellschaftliche Debatten und Probleme.

Gerade dieser Definition eines sozialdemokratischen Ortsvereines auf der Höhe der Zeit entspricht die Durlacher SPD in bester Weise. Für die große Bürgernähe und Sachkompetenz der Durlacher Sozialdemokratie steht bereits seit vielen Jahren das Durlacher SPD-Urgestein Hans Pfalzgraf. Und natürlich auch die sehr agile Ortschaftsratsfraktion um Jan-Dirk Rausch, die sich in den vergangenen Jahren mit einer Vielzahl von Anträgen und Initiativen für die Belange und die Entwicklung Durlachs mit großer Beachtung und Erfolg eingesetzt hat.

Ich bin immer gerne zu Gast bei den Versammlungen der Durlacher SPD. Man trifft dort auf offene, sympathische, kompetente und debattenfreudige Genossinnen und Genossen. In diesem Sinne wünsche ich der SPD Durlach alles Gute für die kommenden Jahre und viel Kraft für ihre weitere kommunalpolitische Arbeit. Damit die „Mutter“ Karlsruhes weiterhin eine starke Sozialdemokratie an ihrer Seite hat.

Grußwort

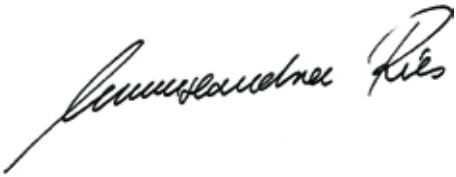
Alexandra Ries
Ortsvorsteherin

Die SPD, bereits 1863 aus der Arbeiterbewegung heraus gegründet, ist die älteste Partei Deutschlands. Doch bald verbot das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ von 1878 bis 1890 jegliche sozialdemokratischen Aktivitäten. Gleichwohl trafen sich in der Arbeiterstadt Durlach schon am 20. Oktober 1889, noch unter Geltung des Sozialistengesetzes, in der „Genterschen Bierhalle“ zahlreiche mutige Menschen, um den Arbeiterwahlverein zu gründen. Ab 1890 führte man die Bezeichnung „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ und konnte 1891, nachdem die Sozialistengesetze aufgehoben waren, in Durlach einen Kandidaten für die Landtagswahl aufstellen. In der Arbeiterstadt Durlach hatte die SPD bald eine große Anhängerschaft. Es wurde vom „roten Durlach“ gesprochen.

Es ist ein stolzes Jubiläum, das die SPD in diesem Jahr feiern kann. Es gebührt all denjenigen Respekt, die in den Gründungszeiten der Partei, vor allem aber nach 1933 Repressalien und Verfolgung in Kauf

genommen haben und unbeugsame Demokraten geblieben sind. Wir gedenken denjenigen Sozialdemokraten, die durch das NS-Regime unter grausamen Bedingungen zu Tode gekommen sind.

In der Demokratie der Nachkriegszeit gibt die SPD immer wieder wertvolle Anstöße zur Gestaltung einer sozial gerechteren Gesellschaft, auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Seit der Bildung des Ortschaftsrates 1989 stellt sie eine aktive Fraktion, die sich stets für die Belange der Bürgerinnen und Bürger einsetzt. Ich gratuliere dem SPD-Ortsverein Durlach zu seinem 125-jährigen Jubiläum aufs herzlichste, bedanke mich für die bisher stets konstruktive Zusammenarbeit und freue mich auf viele weitere Jahre der gemeinsamen Gestaltung kommunaler Aufgaben zum Wohle der Markgrafenstadt Durlach.



Grußwort

Stefan Volz
Ortsvereinsvorsitzender
SPD Durlach

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

unser SPD-Ortsverein wird im Oktober 2014 125 Jahre alt. Aus diesem historischen Rückblick auf eine sehr abwechslungsreiche Geschichte erwächst die Kraft und Begeisterung, heutige Aufgaben mit Optimismus und Zuversicht anzugehen.

Der Kampf für soziale Gerechtigkeit, für Frieden und Demokratie, der die Menschen antrieb, die in Durlach die SPD aufbauten, steht auch heute noch auf der politischen Agenda. Sicherlich leben wir inzwischen in anderen Zeiten, aber das Erleben derjenigen, die sich für unsere Ideale eingesetzt haben, ist Ansporn und Verpflichtung zugleich, den sozialen Ausgleich immer wieder neu zu organisieren. In einer sich schnell ändernden Welt gehören dazu heute mehr als zuvor der Blick und der Austausch über Grenzen und Erdteile hinweg.

Bürgerinnen und Bürger reagieren unterschiedlich auf diese Veränderungen. Manche engagieren sich politisch und einige - es könnten natürlich immer mehr sein - auch in der SPD vor Ort, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft und in der Stadt. Wer die Geschichte der Durlacher SPD anschaut - die vorliegende Festschrift ist dazu ganz besonders geeignet - der erkennt, warum wir heute stolz sind auf unsere Geschichte und die Menschen, die diese Geschichte geprägt haben.

Besonders sei an dieser Stelle den Mitgliedern der SPD-Fraktionen im Durlacher Ortschaftsrat für ihre Arbeit und ihren Einsatz gedankt. Sie haben großen Anteil daran, den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern zu halten und für die Interessen und Anliegen dieser einzutreten.

Als derzeitiger Ortsvereinsvorsitzender wünsche ich der SPD Durlach, dass sie ihren erfolgreichen Weg fortsetzt sowie viel Freude und Erfolg bei der Umsetzung ihrer Ziele - in Durlach und darüber hinaus!

125 JAHRE SPD DURLACH

Als Gründungsdatum der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird der 23. Mai 1863 angeführt, der Tag, an dem in Leipzig unter Führung von Ferdinand Lassalle der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) gegründet wurde. Aus dem Zusammenschluss zwischen dem ADAV und der 1869 auf Initiative von August Bebel und Wilhelm Liebknecht in Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei entstand 1875 die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Der erste Parteitag nach Aufhebung der Sozialistengesetze, die sämtliche Aktivitäten sozialdemokratischer Organisationen verboten hatten, im Jahr 1890 führte zur Umbennung der SAP in SPD, Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Damit machte die Partei auch nach außen ihren Anspruch deutlich, eine Volkspartei zu sein, was ihr durch die Geschichte bis heute, mit großen und kleinen Erfolgen, mit Höhen und Tiefen, mit schweren persönlichen Schicksalsschlägen und der stetigen Suche nach den politischen Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen zu gelingen scheint. Die SPD ist die älteste parlamentarisch vertretene Partei Deutschlands.

Angesichts dieser Vorgeschichte erscheint die Gründung des Durlacher Arbeiterwahlvereines am 20. Oktober 1889 eher spät. Sie ist jedoch gerade damit zu erklären, dass unter Geltung der Sozialistengesetze sozialdemokratische Aktivitäten verboten waren. Gleichwohl gab es schon viele Jahre vor der Gründung sozialdemokratische Aktivitäten in Durlach.

„Die Sozialdemokratie setzt sich nach ihrem Selbstverständnis mit demokratischen und sozialistischen Mitteln für eine sozial gerechte Gesellschaft ein.“ So charakterisiert das Internet-Lexikon „Wikipedia“ die Sozialdemokratie. Die Diskussion darüber, wann man von einer sozial gerechten Gesellschaft sprechen kann und welche Mittel – ja, sogar sozialistische – zu ihrer Verwirklichung eingesetzt werden müssen, bewegt die SPD bis heute und hält sie am Leben.

Historisch haben jedoch Bemühungen um eine sozial gerechtere Gesellschaft auch in Durlach ihren Ursprung schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren die Bürger in Durlach, der zweitgrößten Stadt in der Markgrafschaft, traditionell dem Handwerk und dem Ackerbau verhaftet. Der jeweilige Handwerksberuf wurde von Generation zu Generation weitergegeben, auch wenn man damit nicht reich werden konnte. Die Hauptstraße (heute Pfinztalstraße) war zu dieser Zeit Durlachs einzige gepflasterte Straße. Die Einwohnerzahl lag bei ca. 4.800. Abends herrschte Ruhe in Durlach. Die Hauseigentümer waren verpflichtet, um 22 Uhr die Türen zu schließen.

Durlachs radikale Demokraten 1848/49

Nach außen deutete zunächst nichts darauf hin, dass Baden und insbesondere Durlach bald zum Zentrum politischer, revolutionärer und schließlich kriegerischer Auseinandersetzungen werden sollte, die als „Badische Revolution von 1848/49“ in die Geschichtsbücher Eingang gefunden haben, auch wenn die Ereignisse diese Bezeichnung nicht verdient haben.

Unter dem Eindruck der Geschehnisse im nahen Frankreich war in der Amtszeit der badischen Großherzöge Karl Friedrich und Ludwig schon im Jahr 1818 eine landständische Verfassung in Kraft getreten. Sie führte ein Zwei-Kammer-Parlament ein. In der ersten Kammer waren das Großherzogliche Haus, der Adel und die Kirchen vertreten, in der zweiten 63 Abgeordnete. Allein der Großherzog konnte Gesetzentwürfe einbringen. Die Wahl zur zweiten Kammer erfolgte über Wahlmänner. Die Wähler mussten allesamt die Bürgerrechte besitzen. Es wird geschätzt, dass auf diese Weise rund 17 Prozent der Bevölkerung wahlberechtigt waren. Wiederum 90 Prozent von ihnen nahmen an der ersten Wahl im Februar 1819 auch tatsächlich teil – eine außerordentlich hohe Wahlbeteiligung.

In Durlach vermischten sich die Genugtuung über erste Reformschritte mit der Hoffnung auf mehr Demokratie. Ein Porträt des Großherzogs Ludwig, von Durlacher Bürgern dem Herrscher gewidmet und am 29. April 1819 im Rathaussaal aufgehängt, trug als Zusatz eine „Ge-

dächtnistafel“, u.a. mit folgendem Text: „Allen guten Badenern Einigkeit, Freiheit, Gerechtigkeit..., Ehrerbietung dem Recht des Großherzogs..., offene Vertretung der Rechte des Volkes: Freiheit der Meinung und der Presse, ...Unabhängigkeit und Öffentlichkeit der Gerichte, bestimmte Verantwortlichkeit der Staatsdiener“. Viel besser hätte es eine bereits gegründete SPD auch nicht formulieren können.

Im Februar 1848 brach in Frankreich zum wiederholten Mal die Revolution aus. Sie war die Initialzündung für Baden – und schließlich für Deutschland. Diesmal waren es Arbeiter und Kleinbürger gewesen, die den König vertrieben hatten und – wenn auch nur für drei Jahre bis zur erneuten Diktatur – mit sozialistischen Forderungen eine Republik mit gleichem Wahlrecht durchsetzten. Schon zwei Tage nach dem Einzug der Oppositionellen in die Pariser Tuilerien formulierten badische Patrioten eine Petition an den Großherzog mit den Minimalforderungen nach „Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle Klassen“, Volksbewaffnung, Pressefreiheit und „sofortige Herstellung eines deutschen Parlamentes“. Dem promovierten Juristen und ehemaligen Abgeordneten der zweiten Kammer Friedrich Hecker war diese Vorgehensweise nicht radikal genug – er versuchte von Konstanz aus mit kaum als solchen zu bezeichnenden militärischen Mitteln einen republikanischen Aufstand, der schon im April 1848 niedergeschlagen wurde.

Es sollte aber alles noch schlimmer kommen und Durlach dabei eine bedeutende Rolle spielen.

Dass in Durlach eine radikaldemokratische Gesinnung existierte, kann als gesichert gelten. 1847 wurde der Bürgerverein gegründet, „dessen Zweck gesellige Unterhaltung und geistige Anregung durch Schrift und Wort sein soll“. Der Verein war eindeutig politisch ausgerichtet und hatte im November 1848 schon 421 Mitglieder. Führend in diesem Verein waren vor allem die Wirte, wie der Kronenwirt Eduard Kraft und der Hirschwirt Jakob Weißinger. Dies ist kein Zufall, denn nicht zuletzt waren es die Gasthäuser, die als Kommunikationsebene und Informationsquelle dienten. Insbesondere in der „Krone“ standen oppositionelle Zeitungen als Lektüre zur Verfügung. Das seit 1829 erscheinende Durlacher Wochen-

blatt konnte mit aktueller Berichterstattung nur bedingt dienen, da es zur Finanzierung seiner Existenz auf staatliche Inserate angewiesen war.

Eine ernsthafte oder gar existentielle Bedrohung ging von diesen demokratischen Bestrebungen nicht aus – weder für das Fürstenhaus, noch für die Demokraten selbst, da die hoheitlichen Repressalien in Baden im Vergleich zu anderen deutschen Staaten zunächst eher glimpflich verliefen. Dies änderte sich, als die Frankfurter Nationalversammlung und mit ihr eine gesamtdeutsche demokratische Verfassung mit der Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König Wilhelm IV. am 28. April 1849 gescheitert war. Jetzt konnte es keine Kompromisse mehr geben.

Baden auf dem Weg zur Republik? Die Zeit dafür schien reif. Nicht wenige Durlacher wirkten für dieses Ziel mit großem Enthusiasmus. Repräsentativ hierfür stehen drei Namen: Karl Steinmetz, Karl Leußler und Henriette Obermüller.

Karl Steinmetz war ein politischer Journalist und Agitator. Der Doktor der Philologie, aus Durlach stammend, wirkte für den Karlsruher „Verkündiger“ als obrigkeitskritischer Berichterstatter. Das ebenso demokratisch gesinnte, aber immer wieder von Zensur und dem Entzug von staatlichen Anzeigenaufträgen in seiner Existenz bedrohte Durlacher Wochenblatt engagierte Steinmetz, der weiterhin für den „Verkündiger“ tätig blieb, im Frühjahr 1848. Steinmetz scheute sich nicht, großherzogliche Amtspersonen öffentlich bloßzustellen. In der kurzen Zeit Badens als Republik wurde Steinmetz Anfang Juni 1849 als Durlacher Abgeordneter Mitglied der Konstituierenden Landesversammlung und der provisorischen Regierung. Er schuf dort zusammen mit anderen ein „Literaturbüro“, eine Art Propagandaabteilung, die Presse und Schriftsteller mit Informationen versorgte.

Der Durlacher Fuhrmann und Landwirt Karl Leußler war von weniger intellektuellem Kaliber, aber dennoch von großem Einfluss. Er gehörte zu den führenden Persönlichkeiten von Bürgerverein und Bürgerwehr und wurde schließlich Obmann des Bürgerausschusses. Sein Markenzeichen war eine geradegehämmerte Sense, die er bei Exerzierübungen mit sich trug. Mit seinem Wahlspruch: „Der Strohstuhl muss

zur Guillotine werden!“ – ein Strohstuhl war damals die frühe Form einer landwirtschaftlichen Häckselmaschine – trat er zumindest verbal als Jakobiner auf und versuchte, den Fürsten das Fürchten zu lehren. Obwohl nicht Bannerführer, berief er im Spätherbst 1848 eine Versammlung der Bürgerwehr in den Schlossgarten ein. Seine Forderung, die Durlacher Bürgerwehr müsse eine rote Fahne bekommen, die offensichtlich der einzige Anlass für die Versammlung gewesen war, führte zu heftigen Diskussionen – unter anderem waren die Feuerwehrleute anderer Auffassung. Als Karl Leußler seinen Argumenten mit Fäusten Nachdruck verlieh, kam es zu einer Massenschlägerei und die konfliktträchtige Fahnenfrage blieb unentschieden.

Henriette Obermüller, 1817 geboren und mit ihrem Vetter, dem Durlacher Bürgerwehrleutnant Gustav Obermüller, unglücklich verheiratet, hatte sich dem Durlacher Frauenverein angeschlossen und nahm – ungewöhnlich für eine Frau in der damaligen Zeit – an öffentlichen Versammlungen und Vereinssitzungen teil. Gerüchten zufolge trug sie eine Anstecknadel in Form einer Guillotine. Eine symbolische Rolle nahm sie ein, als sie in dem von Karl Leußler ausgelösten Fahnenkonflikt selbst initiativ wurde. Wie Leußler radikale Demokratin, verlangte Henriette Obermüller „mit maßloser Dreistigkeit“, wie die Karlsruher Zeitung berichtete, eine rote Fahne, konnte sich aber in der Abstimmung („rot oder weiß“) nicht durchsetzen. Die rote Fahne stellte sie dennoch her, bestickt mit der Jakobinerlosung „Freiheit oder Tod“. Ob die Fahne von Mai 1849 an tatsächlich von der Bürgerwehr oder lediglich von den nicht minder radikaldemokratischen Turnern getragen wurde, ist nicht mehr exakt festzustellen.

Am 13. Mai 1849 versammelten sich in Offenburg 35.000 Menschen aus den badischen Volksvereinen zu einer Landes-Volksversammlung. Sie forderten die Auflösung des Parlaments, eine verfassungsgebende Landesversammlung nach allgemeinem, freiem und gleichem Wahlrecht, die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung, Demokratisierung des Heeres, eine progressive Einkommensteuer und eine soziale Mindestsicherung. Noch in der Nacht darauf, nachdem in Rastatt und

Karlsruhe das Militär gemeutert hatte, floh Großherzog Leopold aus der Residenz durch den dunklen Hardtwald Richtung Germersheim – um sich nur wenige Wochen später seinen Rückweg ins Karlsruher Schloss von preußischen Truppen freischießen zu lassen.

Der Landesausschuss der Volksvereine hatte die Regierung übernommen. Baden war Republik. Bei der Frankfurter Zentralgewalt ersuchte der Großherzog zwischenzeitlich um Hilfe. Zwei Korps der preußischen Armee, also über 50.000 Soldaten, setzten sich gen Baden und in Richtung der ebenfalls revolutionären Pfalz in Marsch.

Die Revolutionstruppen waren hoffnungslos unterlegen. Immerhin gelang es ihnen, die preußischen Soldaten im Gefecht bei Durlach am 24. Juni 1849 eine längere Zeit aufzuhalten, sie zur Umgehung Durlachs zu zwingen und damit vielen Revolutionären die Flucht zu ermöglichen. Die Durlacher Bürgerwehr war an den Kämpfen nicht beteiligt. Ihr Erstes Aufgebot war nach Rastatt abmarschiert. Allerdings ist die Kampfteilnahme einzelner Bürger überliefert, etwa bei Gustav Obermüller und dem Lehramtskandidaten Kilian Ochs. Auch der Durlacher Kaufmann Ludwig Feininger wurde später beschuldigt, an den Kämpfen teilgenommen zu haben. In der Rastatter Festung wurden im Juli insgesamt 55 Gefangene aus Durlach gezählt – manche sollten Durlach nie wiedersehen.

Karl Steinmetz floh nach dem Gefecht bei Durlach in die Schweiz. In Abwesenheit wurde er zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 1. Februar 1850 wurde ihm die badische Staatsbürgerschaft entzogen. Er kam bis zu seinem Tod 1852 nie mehr in seine Heimat zurück. Henriette Obermüller kam wegen Teilnahme am Hochverrat in Untersuchungshaft, aus der sie am 8. Januar 1850 entlassen und von Durlach nach Karlsruhe ausgewiesen wurde (!). Dort wurde sie für zwei Jahre unter Hausarrest gestellt.

Karl Leußler wurde am 7. Juli 1849 verhaftet. Mit mehreren Gesinnungsgenossen saß er im Durlacher Gefängnis noch im März 1850 ein. Über ihn wie über andere Revolutionäre auch verfasste die neu eingesetzte Stadtverwaltung ein „Leumundszeugnis“, in dem ihm „unausgesetztes Wühlen“ vorgeworfen und er als „unverbesserlicher

Durlach in preußischer Hand: „Da, Kamerad, iß auch!“ Der Prinz von Preußen überreicht nach dem Gefecht bei Durlach einem Soldaten eine Brotzeit. Propagandagemälde aus: Bernhard Kugler, Kaiser Wilhelm und seine Zeit, 1888

Revolutionär“ bezeichnet wurde. Wie die Beweiswürdigung hinsichtlich seiner Taten erfolgen sollte, bestimmte das Leumundszeugnis ebenfalls: Es solle „nicht zu viel Gewicht auf die Aussagen der meisten Zeugen von hier gelegt werden, da diese größtenteils Mitwisser und Mithelfer der Verbrecher sind.“ Damit war ganz Durlach, mit Ausnahme der herrschaftstreuen Minderheit, unter Generalverdacht gestellt. Der am 20. Juli 1849 als Bürgermeister eingesetzte Durlacher Feuerwehrgründer Christian Hengst, erwiesener Antidemokrat, ließ in dieser Zeit über 60 Durlacher verhaften. Die Bürger vergaßen nicht: Sie wählten ihn 1851 als Bürgermeister ab und zum 25-jährigen Jubiläum „seiner“ Feuerwehr im Jahre 1871 blieb er unerwähnt.

Das Andenken an Durlachs frühe Sozialdemokraten ist spärlich ausgeprägt, nicht zuletzt deshalb, weil es in der nachrevolutionären Zeit nicht gepflegt werden durfte. Nach Henriette Obermüller wurde im Jahr 2000 eine kleine Straße in der Karlsruher Südoststadt benannt.

Die Steinmetzstraße in Durlach und die Leußlerstraße in Aue erinnern nicht an die Revolutionäre, sondern an den konservativen Bürgermeister Heinrich Steinmetz und an den nationalliberalen Arzt Jakob Friedrich Leußler, die beide um die Jahrhundertwende wirkten.

Neue Herausforderungen durch die Industrialisierung

Die verkehrsgünstige Lage Durlachs machte die Markgrafenstadt zu einem idealen Standort für die Ansiedlung von Industrie. Beispielhaft hierfür stehen die von Johann Georg Sebold gegründete Badische Maschinenfabrik Durlach und die Nähmaschinenfabrik Gritzner, die in kurzer Zeit eine massive Expansion erfuhren. Bei Sebold, wo man mit rund 25 Arbeitern angefangen hatte, stieg die Arbeiterzahl bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf über 700, bei Gritzner, wo es im Jahre 1879 120 Beschäftigte gab, bis zum Jahr 1914 gar auf 3.000. Diese populären Unternehmen, wie aber auch weitere Betriebe (u.a. Lederfabrik Herrmann und Ettlinger, Dynamit Nobel AG, Orgelfabrik Voit, zwei Malzfabriken und eine chemische Fabrik) machten Durlach zur Arbeiterstadt. Die Einwohnerzahl Durlachs stieg zwischen 1852 und 1900 von 4.898 auf 11.354.

Die zahlreichen Industriearbeiter, egal ob sie in Durlach wohnten oder sich täglich mit dem Zug oder zu Fuß auf den Weg zu ihrer Arbeitsstelle aufmachen mussten, fanden Arbeitsbedingungen vor, die nach heutigen Maßstäben schlichtweg unvorstellbar erscheinen. Lange galt ein Zwölf-Stunden-Arbeitstag, der erst 1910 auf knapp zehn Stunden reduziert wurde. Der Samstag war ein regulärer Arbeitstag. Urlaub gab es praktisch nicht, genauso wenig einen Kündigungsschutz. Reale Lohnsenkungen mussten in Kauf genommen werden. Während in der Badischen Maschinenfabrik viele Facharbeiter beschäftigt waren, vertraute Gritzner auch auf Ungelernte, vor allem junge Frauen, die bis zu ihrer Heirat in der Fabrik arbeiteten, dabei aber höchstens die Hälfte des Lohns eines Fabrikarbeiters erhielten. Hohe Temperaturen in den Fabrikhallen, beengte räumliche Verhältnisse und eine unzureichende Belüftung vor allem dort, wo Metall verarbeitet wurde, führten zur

Schädigung von Atmungsorganen und zu Allergien. Aus den Durlacher Lederfabriken wurde über Lungen- und Brustfellentzündungen berichtet. Arbeitsunfälle waren an der Tagesordnung, viele Arbeiter galten schon in jungen Jahren als „verbraucht“. Die Situation der Durlacher Arbeiter unterschied sich in nichts von der ihrer Kollegen im übrigen Deutschland. Ihren Anliegen musste politisch Gehör verschafft werden. Schlosser aus der Nähmaschinenfabrik Gritzner und norddeutsche Arbeiter in der Glacélederfabrik verbreiteten als erste sozialistisches Gedankengut in der Durlacher Arbeiterschaft.

Eine erste, von Karlsruhe aus organisierte Arbeiterversammlung des seit 1868 auch in Karlsruhe vertretenen ADAV am 10. März 1872 im heute nicht mehr existierenden Gasthaus „Kanne“ geriet zum Misserfolg, weil die Agitatoren auf politische Gegner trafen, die mit ihren Ideen in Durlach ungleich populärer waren: Bürgermeister Gustav Bleidorn hatte schon 1869 einen nationalliberalen Bezirksverein gegründet. Auch der Gastwirt und spätere Landtagsabgeordnete Karl Friderich, ebenfalls nationalliberal, stand für Patriotismus und den Erhalt des jungen, auf einer konstitutionellen Monarchie gründenden Deutschen Reiches.

In der Folge gelang es dem ADAV und der 1875 gegründeten SAP nicht mehr, in Durlach Fuß zu fassen. Das vom Reichskanzler Otto von Bismarck, einem bekennenden Gegner der Demokratie, der „lieber mit dem Könige untergehn“ wollte, „als Ew. Majestät im Kampfe mit der Parlamentsherrschaft im Stiche lassen“, durchgesetzte „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ vom 21. Oktober 1878 verbot bis 1890 jegliche sozialdemokratischen Aktivitäten.

Für die Arbeiterstadt Durlach bedeutete dies wie überall, dass der Kampf für die Wahrnehmung demokratischer Rechte im Untergrund und der Illegalität stattfinden musste. Das Beispiel des Sozialdemokraten Ludwig Reichert, der unter Geltung des Sozialistengesetzes wegen Verbreitung verbotener Druckschriften zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt wurde, zeigt, welche Geisteshaltung die damalige Staatsmacht repräsentierte. Wie schon 1849 verhallte der Ruf nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit hinter dicken Gefängnismauern.

Arbeiterbildungsverein, Pfeifenclub „Fidelia“ und Arbeiterwahlverein: Die Gründung 1889

Man musste sich also hinter Tarnorganisationen verstecken oder neutrale Plattformen nutzen, um sozialdemokratisches Gedankengut verbreiten und politische Fragen erörtern zu können.

Seit 1882 bestand in Durlach der Arbeiterbildungsverein, der sich, wie die SPD-Schrift „75 Jahre SPD Durlach“ aus dem Jahr 1964 berichtet, „mit sozialen Problemen und sozialistischem Gedankengut“ befasste, nach außen hin aber ein neutraler Verein war. Er erfuhr durchaus Unterstützung durch die Bevölkerung. So wird berichtet, der Direktor des Durlacher Progymnasiums, Dr. Büchle, habe – nomen est omen – zugunsten der Bibliothek des Arbeiterbildungsvereins eine Geldsammlung initiiert. Derselbe Dr. Büchle war es auch, der 1889 das Weihegedicht für die öffentliche Fahnenweihe des Arbeiterbildungsvereins schrieb, die „unter starker Beteiligung der Bevölkerung und aller übrigen Durlacher Vereine“ stattfand.

Als zweiter Vorläufer des Arbeiterwahlvereins und damit der SPD Durlach gilt der Pfeifenclub „Fidelia“. Pfeifenclubs, in anderer Bezeichnung Tabakskollegien, waren in der damaligen Zeit durchaus verbreitet und vor allem dadurch gekennzeichnet, dass aus den geselligen Versammlungen nichts nach außen drang. Es kann als gesichert gelten, dass in diesen beiden Vereinen die Vorbereitung der Gründung des Arbeiterwahlvereins mit dem Ziel der Reichstagswahl 1890 vorgenommen wurde.

„Gestern tagte in der Genter´schen Bierhalle eine öffentliche Arbeitsversammlung behufs Gründung eines Wahlvereins für den Bezirk Durlach“ – so schreibt das Durlacher Wochenblatt am 21. Oktober 1889. Damit gilt der 20. Oktober 1889 als Gründungstag der Durlacher SPD. Hinter der Örtlichkeit verbirgt sich nicht der heutige Standort der „Alten Brauerei“ (Genter) in der Ochsentorstraße, sondern das zu Anfang dieses Jahrhunderts abgerissene Gebäude des späteren „Gambrinus“ Ecke Pfinztal- und Amalienbadstraße.

In diesem Gebäude, damals Gentersche Bierhalle, später Gambrinus (2003 abgerissen), wurde am 20. Oktober 1889 die Durlacher SPD gegründet (Pfinztalstraße, Ecke Amalienbadstraße). Foto: Günter Heiberger, Pfinzgaumuseum U_I_479_1

Schon zwei Wochen nach der Gründung entsandte der Wahlverein zwei Delegierte zum „badischen Arbeitertag“ nach Offenburg. Hinter diesem Begriff verbarg sich nichts anderes als ein badischer Landesparteitag der Sozialdemokratie. Dass dieser unter der Geltung des Sozialistengesetzes überhaupt möglich war, verdankten die Sozialdemokraten dem badischen Staatsminister Ludwig Turban, der wegen der Unentschlossenheit, die in Berlin hinsichtlich der Verlängerung des Sozialistengesetzes herrschte, Mitte Oktober 1889 in einem Erlass die Behörden aufgefordert hatte, die Versammlungsverbotspraxis zu mildern. Mit der Anwesenheit von 256 Delegierten auf diesem Parteitag bewiesen die Sozialdemokraten, dass die badische Arbeiterbewegung nach elf Jahren unter dem Sozialistengesetz stärker war als je zuvor.

Schon 1891, wenige Monate nach der förmlichen Aufhebung des Sozialistengesetzes, kandidierte bei den Landtagswahlen der erste „Sozze“, wie die Sozialdemokraten in der bürgerlichen Presse bezeichnet wurden. Adolf Geck aus Offenburg, 1881 Gründer der sozialdemokra-

tischen Zeitung „Volksfreund“, der unter dem Sozialistengesetz insgesamt eineinhalb Jahre wegen politischer Betätigung in Haft saß, unterlag dem Kandidaten der Nationalliberalen, dem ehemaligen Durlacher Bürgermeister Karl Friderich.

Vorsitzender des Arbeiterwahlvereins und damit der Gründer der Durlacher SPD war der Metallarbeiter Christian Horst. Er wurde am 6. Januar 1865 in Durlach geboren und war, nachdem er als Sozialdemokrat von Arbeitgebern nicht mehr eingestellt worden war, Gastwirt. Als erster Sozialdemokrat wurde er 1898 in den Durlacher Bürgerausschuss gewählt. Von 1903 an vertrat er Durlach in zwei Wahlperioden als SPD-Landtagsabgeordneter. In der Zeit der Weimarer Republik war Horst Stadtrat und Mitglied des Bezirksrats. Er erfreute sich auch später, wie das Durlacher Tagblatt in einem Nachruf schrieb, „durch sein bescheidenes Wesen und seine lautere Gesinnung bei seinen Parteigenossen und auch allgemein großer Beliebtheit“. Horst verstarb am 31. Dezember 1931.

Erste Wahlerfolge

Hatte noch 1895 Adolf Geck bei den Landtagswahlen eine erneute Niederlage einstecken müssen (er wurde später in Karlsruhe gewählt), nahm die Attraktivität der SPD gleichwohl rasch zu. So hatten sich schon 1895 bei einer öffentlichen Versammlung zur Landtagswahl in der Durlacher Festhalle 400 Zuhörer eingefunden. Nicht viel später stellten sich regelmäßige Wahlerfolge ein. Am 4. November 1899 wurde der Schriftsteller und Redakteur des „Volksfreund“, der gebürtige Offenburger Anton Fendrich, im Alter von 30 Jahren für Durlach als jüngster Abgeordneter in die zweite Kammer des badischen Landtages gewählt. Die Wahl zur zweiten Kammer erfolgte dabei zunächst noch in einem zweistufigen Modus über Wahlmänner, wobei Durlach einen eigenen Stadtwahlbezirk darstellte und dadurch stets mit einem Abgeordneten im Landesparlament vertreten war. Ab 1904 wurden die Abgeordneten direkt vom Volk gewählt.

Thematisch wandte sich die Politik der SPD Durlach vor allem den sozialpolitischen Fragen der damaligen Zeit zu: Renten- und Kranken-

versicherung, Berufsausbildung und Schule, Jugend- und Frauenarbeitsschutz, Wohnungsnot, Steuern und Löhne.

Auch auf kommunaler Ebene konnte die SPD nicht auf Anhieb Wahlerfolge erzielen. Es dauerte bis zum Jahr 1900. Immer noch unter Geltung des Drei-Klassen-Wahlrechts gelang es den Sozialdemokraten, 14 der 42 Bürgerausschussmitglieder zu stellen, die vom Parteigründer Christian Horst sowie von Friedrich Weber (1866 – 1930) angeführt wurden. Weber, in Daxlanden geboren und gelernter Weißgerber, war wie Horst ein Mann der ersten Stunde. Er arbeitete als Metallarbeiter, später als Kleinhändler, war Ortsvereinsvorsitzender und Landtagsabgeordneter sowie von 1911 bis 1914 Vorsitzender der SPD im 9. badischen Reichstagswahlkreis. Nach dem Ersten Weltkrieg leitete er den Durlacher Arbeiter- und Soldatenrat. Wie Christian Horst war Friedrich Weber Ehrenmitglied des 1882 gegründeten sozialdemokratischen Sängerbundes „Vorwärts“.

Mit Spannung hatte man verfolgt, wie sich die Sozialdemokraten im Durlacher Bürgerausschuss des Jahres 1900 verhalten würden. Denn die innerparteilichen Debatten um die Ausrichtung der Partei waren auch schon dieser Zeit sehr heftig. Der bis heute die Geschichts- und Politikwissenschaft beschäftigende „Revisionismusstreit“, vereinfacht formuliert um die Frage, ob man den Kapitalismus durch eine Revolution überwinden oder ihn vielmehr durch soziale Reformen umgestalten müsse, hatte auch die Durlacher SPD erfasst. Doch die Sozialdemokraten der „Fraktion Horst“, wie sie noch in der Festschrift „75 Jahre SPD Durlach“ von 1964 tituliert wurde, gaben sich gemäßigt: In der ersten Bürgerausschusssitzung nach der Wahl gab es, wenn auch nur hinsichtlich organisatorischer Fragen, konstruktive Vorschläge der SPD und schließlich einstimmige Beschlüsse. Das Durlacher Wochenblatt schrieb: „Aus Saulus ist Paulus geworden.“

Einstimmigkeit war jedoch nicht der Normalfall im Bürgerausschuss. So unterlag die SPD beispielsweise in einer Abstimmung, in der sie die Lernmittelfreiheit und eine bessere Lehrerbesoldung für die Volksschule forderte. Wenn man bedenkt, dass in der Durlacher Volks-

schule damals 1.467 Schüler in 30 Klassen von 15 Lehrern unterrichtet wurden, war die Forderung der SPD jedoch mehr als berechtigt.

Trotz der Wahlerfolge, die Durlach allmählich zu einer sozialdemokratischen Hochburg machten, war man damals von einem Parlamentarismus, wie wir ihn aus der Gegenwart kennen, oder von einer allgemeinen Wertschätzung als demokratische Partei weit entfernt. Schon 1894 hatte Kaiser Wilhelm II., wohl wissend, dass eine starke Sozialdemokratie das Ende der Monarchie bedeuten würde, zum Kampf „gegen die Parteien des Umsturzes“ und damit gegen die Arbeiterbewegung aufgerufen. Gewärtigt man sich, dass nach einer Statistik von 1907 mehr als 53 Prozent aller berufstätigen Deutschen Arbeiter waren, so ist vorstellbar, welch großen sozialen Zündstoff diese Aussage in sich barg. Er sollte sich aber erst zu Ende des Ersten Weltkriegs entladen. Die regelmäßigen Repressalien, denen sich die Durlacher SPD ausgesetzt sah, waren zunächst eher praktischer Natur: Gasthäuser, in denen sich Sozialdemokraten trafen, wie der „Schwanen“ oder das „Amalienbad“, wurden mit einem Lokalverbot für Militärangehörige belegt. Dies führte bei den Wirten zu massiven Umsatzeinbrüchen – die Sozialdemokraten mussten sich in der Folge andere Treffpunkte suchen.

Rosa Luxemburg in Durlach

Auch die innerparteilichen Auseinandersetzungen gingen weiter. Die parlamentarische Zusammenarbeit mit den Nationalliberalen und der Deutschen Volkspartei im badischen Landtag mit dem Ziel, eine Dominanz des katholischen Zentrums zu verhindern, die sogenannte Großblockpolitik, war in der Partei heftig umstritten. Die pragmatische Rolle der SPD im Landtag, sich mit der badischen Monarchie zu arrangieren und dem Haushalt zuzustimmen, wurde heftig kritisiert. Die SPD-Reichstagsfraktion in Berlin hatte unter dem Motto: „Dem System keinen Groschen“ ihre Zustimmung zum Gesamthaushalt stets verweigert. Mehrfach verurteilten Reichsparteitagsbeschlüsse das badische Vorgehen. Vor diesem Hintergrund kam es am 23. August 1910 zu

dem legendären Auftritt von Rosa Luxemburg vor 800 Zuhörern in der Durlacher Festhalle, wo sie, anders als beim Landesparteitag der SPD im selben Jahr in Offenburg, frei reden durfte. Die spätere Mitbegründerin der KPD ging mit den badischen Genossen hart ins Gericht. Ihre Rede ist nicht wörtlich überliefert, wohl aber ein Artikel von ihr, in der sie die gemäßigten badischen Sozialdemokraten als „kleinbürgerliche Reformer“ bezeichnete, „die auf keinem anderen Gebiete ein lockendes Betätigungsfeld finden“ und sich „partout darauf versteifen, sich für Sozialdemokraten zu halten.“ Dass die Politik Luxemburgs durchaus Anhänger hatte, zeigte unter anderem ein Leserbrief im „Volksfreund“ aus Aue, der die Großblockpolitik kritisierte und der SPD vorwarf, „dass man sich zu einem Abkommen mit einem anderen Gegner versteht, der in seinem Wesen kein Haar besser ist als die übrigen Vertreter der kapitalistischen Interessen.“

Den Ersten Weltkrieg 1914 vor Augen, gab die SPD ihre streng antimilitaristische und friedenspolitische Haltung auf. Noch im Juli hatte sie Massendemonstrationen für den Frieden abgehalten und zum Widerstand gegen den Krieg aufgerufen. Im Irrglauben, man müsse einen Verteidigungskrieg gegen das zaristische, die Arbeiterschaft unterdrückende Russland führen, schrieb der „Vorwärts“ am 31. Juli 1914: „Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die vaterlandslosen Gesellen ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen.“ Am 4. August 1914 stimmte die SPD im Reichstag den Kriegskrediten zu.

Die Enttäuschung hierüber ist auch 50 Jahre danach noch in der Festschrift „75 Jahre SPD Durlach“ nachzulesen, in der Reiner Baade schreibt: „Welche Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit musste in den ersten Augusttagen des Jahres 1914 jene befallen, die sich getäuscht sahen in ihrem Vertrauen auf die internationale Solidarität der Arbeiterschaft.“

Die aus heutiger Sicht kaum verständliche Kriegsbegeisterung war nicht zuletzt eine Folge des übertriebenen Nationalgefühls, das man durch die zunehmenden internationalen Konflikte um die Vormachtstellung in Europa und die Interessen anderer Staaten beschädigt sah.

An eine ernsthafte Schädigung der Bevölkerung dachte man nicht – auch nicht in Durlach. Man war gewohnt, dass sich Kriege auf dem Schlachtfeld abspielten. Der flammende Aufruf des Durlacher Bürgermeisters Dr. Reichardt in der Durlacher Presse, in dem es hieß, es sei „erhebend zu sehen, wie unsere Söhne ... beseelt von dem einzigen Gefühl, für das Vaterland zu siegen oder zu sterben, in den Kampf ziehen", spiegelte die Stimmung zu Beginn des Weltkrieges wider.

Doch die Erwartung vieler deutscher Soldaten, die im August 1914 in den Krieg gegen Frankreich gezogen waren, schon an Weihnachten siegreich zu Hause zu sein, erfüllte sich nicht. Die Weiterentwicklung der Waffentechnik begünstigte eine erbarmungslose Kriegführung, bei der um jeden Meter Boden gekämpft wurde. In der Schlacht bei Verdun vom Februar bis Dezember 1916, bei der es rund 700.000 Tote, Verwundete, Vermisste und Gefangene gab, wurde der Begriff vom „Menschenmaterial" Realität. An den Folgen der Schlachten starben bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 351 Durlacher. Erstmals in der Geschichte gab es Luftangriffe. Am 22. Juni 1916 forderte ein französischer Luftangriff auf Karlsruhe, der – was bis heute aber umstritten ist – dem Hauptbahnhof galt, aber ein Zirkuszelt traf, 120 Tote und 169 Verletzte, unter ihnen zahlreiche Durlacher. Zum Glück blieb die Markgrafenstadt selbst von Kampfhandlungen verschont. Sie hätte sie kaum überstanden. Der Fliegeralarm, der mit zwei Schallkanonen auf dem Kirchturm der evangelischen Stadtkirche ausgelöst und durch schnelles Anschlagen der Kirchenglocke wieder beendet wurde, war der einzige Schutz, den sie ihrer Bevölkerung bieten konnte.

Die SPD Durlach in der Weimarer Republik

Die hohen Kriegsausgaben, von der SPD mitgetragen, stürzten das Reich in wirtschaftliche Probleme. Von 1914 an mussten Lebensmittel importiert werden. Brot- und Fleischmarken wurden eingeführt. Im berüchtigten „Kohlrübenwinter" 1916/17 konnten sich große Teile der deutschen Bevölkerung nur mit Hilfe von Suppenküchen ernähren. Der

Mangel an Brot und Kartoffeln machte auch vor Durlach nicht halt. Die Stadt bemühte sich, Kinder und Kranke zu versorgen. Der von ihr gegründete Kommunalverband betrieb eine eigene Milchwirtschaft. Aber es gab auch Kriegsgewinnler: Die Badische Maschinenfabrik, die für die Rüstung produzierte, konnte ihren Gewinn von 189.000 Mark (1913) auf 678.000 Mark (1917) steigern.

In der SPD schwelte der innerparteiliche Streit weiter und führte letztlich zu deren Spaltung. Ausgehend von den Abgeordneten, die 1914 in der SPD-Fraktion auf Reichsebene gegen die Kriegskredite gestimmt hatten, hatten sich innerparteilich mehrere Oppositionsgruppen gebildet. Auf deren Tätigkeit reagierte der SPD-Parteivorstand mit Disziplinierungen. Redeverboten und Ausschlüssen, aber auch Parteiaustritte ganzer Ortsvereine waren in der Folge nichts Ungewöhnliches. Im April 1917 wurde in Gotha die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) gegründet. Sie wurde von 1917 bis 1920 Massenpartei und löste in Zentren der Sozialdemokratie wie Berlin und Leipzig die SPD als Mehrheitspartei der Arbeiterbewegung ab. Sie verlor allmählich wieder an Bedeutung, nachdem 1918 der Spartakusbund aus der USPD ausgetreten war, was am 30. Dezember 1918 zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) führte.

Am 9. November 1918 konnte der SPD-Politiker Philipp Scheidemann mit der Ausrufung der Republik vom Fenster des Reichstagsgebäudes in Berlin dem aus der SPD-Fraktion ausgeschlossenen späteren KPD-Mitbegründer Karl Liebknecht, der im Berliner Lustgarten die „freie sozialistische Republik“ proklamierte, um zwei Stunden zuvorkommen.

In Durlach vollzog sich der Übergang zur Demokratie ruhig und geordnet. Für Sonntag, 10. November 1918, wurden mit Hilfe der Ortsschelle die Bevölkerung und das Militär auf den Platz der seit 1913 bestehenden Funkerkaserne (damals Markgrafenkaserne) bestellt, und man wählte einen Soldatenrat. Nach einer SPD-Mitgliederversammlung am Tag darauf bildete sich der Arbeiterrat. Bereits am 14. November wandte sich der Arbeiter- und Soldatenrat an die heimkehrenden Soldaten mit der Bitte „tatkräftig mitzuarbeiten an der guten Sache.“

Im Arbeiter- und Soldatenrat wirkten SPD- und USPD-Mitglieder gleichberechtigt mit. Vorsitzender war Jakob Fröhlich von der SPD, sein Stellvertreter Rudolf Steinbach kandidierte 1919 bei den Kommunalwahlen für die USPD. Weitere Mitglieder des Rates waren Luise Knecht und Gustav Steinbrunn (beide SPD) sowie Elise Helf und Emil Karcher (jeweils USPD). Bei der Stadtverordnetenwahl 1922 führte die Vorschlagsliste der SPD den Zusatz „Vereinigte SPD Durlach“. Die SPD hatte also die USPD-Mitglieder wieder aufgenommen, sofern diese nicht der neu gegründeten KPD beigetreten waren.

In der neuen Republik wählte die Arbeiterstadt Durlach in ihrer großen Mehrheit sozialdemokratisch. Bei den Wahlen zur badischen Nationalversammlung am 5. Januar 1919 kam es zu folgendem Ergebnis: SPD 54,2 Prozent, USPD 3,6 Prozent, Deutsche Demokratische Partei (DDP) 25,4 Prozent, Zentrum 8,4 Prozent, Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 8,2 Prozent. In Aue, das 1921 nach Durlach eingemeindet wurde, hatte die SPD gar 63,6 Prozent erreicht. Zwei Wochen später ergab sich bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung ein ähnliches Bild: SPD 57,9 Prozent, in Aue sogar 64,8 Prozent.

Das geflügelte Wort vom „roten Durlach“ entstand.

Mit diesem Plakat erinnerte die SPD Durlach im Kommunalwahlkampf 2009 an das „rote Durlach“.

Als die junge Weimarer Demokratie durch den „Kapp-Putsch“ am 13. März 1920 erstmals massiv bedroht wurde und die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder aus Berlin flüchten mussten, riefen die Gewerkschaften in Baden für den 16. März zu einem Generalstreik auf. Die Durlacher SPD veranstaltete schon zwei Tage zuvor um 11.30 Uhr morgens eine Protestversammlung in der Festhalle, bei der auch der Vertreter von USPD und KPD sprachen. Dem Solidaritätsappell des Durlacher SPD-Landtagsabgeordneten Friedrich Weber folgte ein Protestzug durch die Stadt.

Wenn die Gegner der Demokratie in Durlach auch in der Minderheit waren, so waren sie dennoch in den Amtsstuben präsent geblieben – und sei es nur in Form von Fürstenbildern und Gemälden, die als Symbol der vergangenen Zeit galten. Dies war der SPD von Anfang an ein Dorn im Auge. Im September 1921 hatte die Fraktion beantragt, die im Rathaus hängenden Fürstenbildnisse zu beseitigen. Der Antrag endete mit einem Abstimmungsergebnis von acht zu acht Stimmen und der stimmberechtigte Bürgermeister Dr. Arthur Zierau, seit 1915 im Amt, stimmte gegen die Beseitigung. Die anschließend veranlasste Erhebung über noch vorhandene Fürstenbildnisse in kommunalen Gebäuden zeigte, wie präsent die Verehrung des Kaiserreichs im damaligen Durlach war: Vor allem in den Schulen hingen zahlreiche Bilder und Reliefs der badischen Großherzöge und ihrer Familien, im Gymnasium war sogar eine Büste des Kaisers Wilhelm II. zu finden.

Am 4. Juli 1922 vollzogen die Arbeiter dann selbst, was die Kommunalpolitik nicht geschafft hatte: Sie rückten den Fürstenbildern zu Leibe. Knapp zwei Wochen zuvor war der liberale deutsche Außenminister Walter Rathenau einem Attentat der rechtsradikalen „Organisation Consul“ zum Opfer gefallen. Es war nur einer von zahlreichen politischen Morden der damaligen Zeit, die zeigten, dass die Demokratie von Anfang an bedroht war. Die Fürstenbilder waren hierfür das omnipräsente Symbol.

„Zum Schutze der Republik“ versammelten sich nun „die organisierten Arbeiter von Durlach und Umgebung, soweit solche hier beschäftigt

sind, sowie die Angehörigen der drei proletarischen Parteien auf dem hiesigen Schlossplatz der alten Kaserne zwecks einer Demonstration", so berichtete die Badische Presse, die die Teilnehmerzahl auf 6.000 schätzte. Bei der Demonstration sprachen Vertreter der SPD, USPD und KPD. Der Kommunist Otto Weinbrecht rief in seiner Rede dazu auf, die Fürstenbilder im Rathaus und im Amtsgericht abzuhängen – was zunächst in disziplinierter Weise begann. Nachdem sich die Menge zum Marktplatz begeben hatte, betrat aus ihr heraus eine fünfköpfige „Kommission" das Rathaus und hängte 15 großformatige Ölbilder mit Fürstenporträts ab. Die Kommission konnte jedoch nicht verhindern, dass eine Gruppe von Männern eindrang, die Gemälde aus dem Fenster warf und sie der Zerstörung preisgab. Im Amtsgericht, in Schulgebäuden und in Privatwohnungen wurden im Anschluss weitere Symbole der Monarchie entdeckt und zerstört. Aus dem 1921 eingemeindeten Aue brachten 20 meist jüngere Arbeiter die Straßenschilder der Kaiserstraße und Adlerstraße ins Durlacher Rathaus mit der Aufforderung, die Straßen umzubenennen. Diese Straßen hießen dann Hauptstraße und Danziger Straße.

Die Episode des „Durlacher Bildersturms" von 1922 hatte eindeutig politische Auswirkungen. Der Durlacher Bürgermeister Dr. Arthur Zierau, selbst noch als Repräsentant der alten Zeit empfunden, trat zurück. Er begründete dies damit, dass er die vielen Aufregungen aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ertragen könne.

Der Durlacher Bürgermeister Jean Ritzert

Trotz großen Rückhalts in der Bevölkerung war es der SPD in der gesamten Geschichte Durlachs nicht vergönnt, den Bürgermeister zu stellen. Auch nicht nach dem Rücktritt von Dr. Zierau, dem der Regierungsrat Max Zoeller (DDP) nachfolgte, welcher der erste (und letzte) Oberbürgermeister Durlachs wurde. Die Amtsbezeichnung für das Stadtoberhaupt änderte sich, weil man sich 1922 zur Schaffung einer zweiten Bürgermeisterstelle entschlossen hatte. Die kommunalen Aufgaben

waren, nicht zuletzt aufgrund der Eingemeindung von Aue, umfangreicher geworden.

Es schlug die Stunde des SPD-Politikers Jean Ritzert, der die Durlacher Kommunalpolitik als Bürgermeister von 1922 bis 1931, als Stadtamtsleiter von 1947 bis 1954 und als Karlsruher Stadtrat bis 1959 wesentlich prägen sollte. Der am 24. Dezember 1880 in Oppenheim (Rheinhessen) geborene Ritzert hatte eine Lehre als Dreher absolviert. Mit Eintritt der Volljährigkeit trat er der SPD bei und wurde Mitglied des Metallarbeiterverbandes, für den er ab 1907 als hauptamtlicher Arbeitersekretär wirkte. Anders als beim ebenfalls 1922 gewählten Zierau-Nachfolger und Oberbürgermeister Zoeller, dessen Wahl von allen Fraktionen im Durlacher Rathaus getragen wurde und der mit 84 Stimmen bei 86 anwesenden Wahlberechtigten gewählt wurde, verlief Ritzerts Wahl keineswegs reibungslos. Die bürgerlichen Parteien vermissten die „juristische Vorbildung“ Ritzerts, wohl wissend, dass kaum jemand aus der Arbeiterbewegung eine solche vorweisen konnte. Gleich-

Der ehemalige Bürgermeister und erste Durlacher Stadtamtsleiter Jean Ritzert bei seinem Abschied aus dem Durlacher Rathaus am 27. Dezember 1954, im Alter von 74 Jahren. Foto: Schlesiger

wohl hielten die linken Parteien an ihrem Kandidaten fest. Bei der Wahl am 26. August 1922 entfielen 53 Stimmen auf Ritzert, eine auf einen anderen Kandidaten. 46 von den Bürgerlichen abgegebene Stimmen waren ungültig. Der Sozialdemokrat war damit für neun Jahre zum Durlacher Bürgermeister gewählt worden.

Während Ritzerts Amtszeit war die Lage auf dem Arbeitsmarkt katastrophal. Nach einer offiziellen Chronik lebten in der Stadt 1931 18.000 Einwohner, davon 1.800 Arbeitslose und 500 Wohlfahrtsempfänger. SPD-Quellen sprechen dagegen sogar von bis zu 3.000 Arbeitslosen. Voller Lob waren SPD und Durlacher Bürger deshalb für die Investitionen, die auf den Anstoß von Jean Ritzert zurückgingen: Mit einer aktiven kommunalfinanzierten Arbeitsmarktpolitik, den sogenannten Notstandsarbeiten, realisierte die Stadt Durlach zahlreiche Vorhaben, wie etwa den Bau der Panoramastraße zum Turmberg, den Bau der Dornwaldsiedlung und die Pfinzregulierung. Auch der Neubau von 180 kommunalen Wohnungen, die Errichtung eines Krankenhauses

40-jähriges Jubiläum der SPD Durlach im Jahre 1929. Fünfte von links ist Netti Storch, 1944 in Auschwitz ermordet. Foto: Stadtarchiv U_II_263

und der Bau eines Altersheimes fallen in die Amtszeit von Jean Ritzert, der sich dabei der Unterstützung der Sozialdemokraten im Durlacher Rathaus, darunter Christian Schucker, Christian Dahn, Friedrich Hetzel, Karl Kappler und Christian Pfalzgraf, stets sicher sein konnte. Der sozialdemokratische „Volksfreund“ attestierte Jean Ritzert in einem Artikel von 1927 „große Umsicht und anerkannten Weitblick“.

Im selben Artikel gab der Durlacher Autor des Berichtes, Friedrich Flohr, der Durlach als „alten Parteiort“ bezeichnete, seiner Vorfreude auf das bald anstehende 40-jährige Durlacher Parteijubiläum Ausdruck und forderte: „Hoffentlich liegt bis dahin die Geschichte der örtlichen Parteiorganisation aus berufener Feder vor.“ In dieser Erwartung sollte er sich bis zum heutigen Tag täuschen.

Jenseits der staatlichen Aufgaben wirkten die Sozialdemokraten in verschiedenen Vereinen, etwa in Gesang-, Turn- und Sportvereinen, bei der Arbeiterwohlfahrt und bei den Naturfreunden. Die 1920 gegründete sozialdemokratische Frauengruppe kümmerte sich zusammen mit der Arbeiterwohlfahrt um die Kinderbetreuung während der Schulferien und bot Wanderungen und Erholungsaufenthalte auf dem Turmberg an. In den späten 1920er Jahren gründeten junge Sozialdemokraten in Durlach das Kabarett „Der rote Faden“, das bald durch ganz Baden auf Tournee ging. Ihr Leiter war der in Durlach geborene Bernhard Schroth (1908 – 1986), der später von 1958 bis 1972 für den Landkreis Rastatt im baden-württembergischen Landtag saß. Die Arbeitersportvereine Turngemeinde, Turnverein Aue, der Arbeitersportverein und der Radfahrerclub „Solidarität“ schlossen sich zum Durlacher Arbeitersportkartell zusammen, dessen Vorsitzender Jean Faber gleichzeitig Durlacher SPD-Vorsitzender war.

In den Wahlergebnissen der Weimarer Republik zeigte sich auch in Durlach ein allmähliches Erstarken des rechten, antidemokratischen Lagers. Insgesamt 21 Wahlen gab es in der Zeit von 1919 bis 1933. Die vier Gemeinderatswahlen zwischen 1919 und 1930 brachten für die SPD rückläufige Ergebnisse: 1919 34,6 Prozent, 1922 36,9 Prozent, 1926 29,2 Prozent und 1930 28,7 Prozent. Dies war zwar immer noch hinreichend,

um mit 22 bis 27 Stadtverordneten (von insgesamt 72) die größte Fraktion zu stellen. Die Stimmenverluste lassen sich darauf zurückzuführen, dass die KPD zwischen 1922 und 1930 ihren Stimmenanteil von 7,3 Prozent auf 11,8 Prozent steigern konnte. Die zahlenmäßige Stärke des linken Lagers blieb dabei gleich: SPD und KPD zusammen kamen stets auf knapp über 40 Prozent der Stimmen. Nicht auszuschließen ist auch, dass die SPD an unabhängige Gruppen – so kandidierten unter anderem die Bürgervereine Durlach und Aue mit eigenen Listen – Stimmen abgeben musste.

Es fällt auf, dass die NSDAP ihren Stimmenanteil von 3,6 Prozent (1926) auf 21,1 Prozent (1930) steigern konnte, während im selben Vergleich das Wahlergebnis des Bürgervereins Durlach von 13,1 Prozent auf 3,6 Prozent zurückging. Offensichtlich hatte die NSDAP im bürgerlichen Lager nach Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 mit ihrer Ideologie Gehör gefunden. Ebenso gab die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) Stimmen ab (1926: 7,4 Prozent, 1930: 1,7 Prozent). Auch wenn keine Analysen über Wählerwanderungen vorliegen, wie man sie aus der Gegenwart kennt, so deuten die Ergebnisse jedenfalls darauf hin, dass die NSDAP ihre Unterstützung nicht aus der stabilen linken Wählerschaft bekam.

Todesopfer im Straßenkampf

Es ist ein Phänomen der damaligen Zeit, dass auch das ruhige Durlach wie das übrige Deutschland innerhalb weniger Jahre zum Schauplatz gewalttätiger Straßenkämpfe wurde.

Kommunisten, Nationalsozialisten und Monarchisten bedrohten die junge deutsche Demokratie von Anfang an. Viele ehemalige Soldaten, denen das zivile Leben fremd geworden war, fanden bei linken oder rechten paramilitärischen Gruppen ein Unterkommen. Die politischen Morde an Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Matthias Erzberger und Walter Rathenau waren signifikante Zeichen einer Radikalisierung. Die allmählich immer stärker werdenden Nationalsozialisten waren streng hierarchisch nach dem Führerprinzip organisiert.

Niemand von ihnen konnte mit der Vorstellung einer pluralistischen Demokratie etwas anfangen.

Die SPD hatte auf Reichsebene zusammen mit der DDP und dem Zentrum den (oder auch das) „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gegründet. Man sah darin eine Reaktion auf die zahlreichen Morde sowie die Putsch- und Aufstandsversuche in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Schnell entwickelte sich der Reichsbanner zu einer Massenorganisation mit mehr als drei Millionen Mitgliedern, darunter Politiker wie Carlo Mierendorff, Erich Ollenhauer und Kurt Schumacher. Der Reichsbanner war jenseits der politischen Ebene als militärischer Kampfverband organisiert: Kleinste Einheit war die Gruppe mit einem Gruppenführer und acht Mann. Zwei bis fünf Gruppen bildeten einen Zug, zwei bis drei Züge bildeten eine Kameradschaft, was einer Kompanie des Heeres entsprach.

In Durlach war am 4. Oktober 1924 eine Ortsgruppe des Reichsbanners gegründet worden. Erster Vorsitzender wurde Eduard Spindler. Der Durlacher Reichsbanner bekam schnell großen Zulauf. Bei der Fahnenweihe am 27. Juni 1926 in Durlach wurden die Reichsbannerformationen vom Musikverein Lyra, vom Männergesangverein, vom Kraftsportverein und der Kapelle der Freiwilligen Feuerwehr begleitet, so dass der Demonstrationszug rund 3.000 Personen zählte.

Eine denkwürdige Straßenschlacht ereignete sich am 26. April 1925, dem Tag, als Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt wurde. Mitglieder des Reichsbanners trafen auf Angehörige des „Schlageterbundes“. Der Schlageterbund war eine Ersatzorganisation für die verbotene SA (Sturmabteilung) der NSDAP.

An jenem Wahltag veranstaltete eine Schlageterbund-Gruppe mit zwei Fahrzeugen eine Propagandafahrt für Hindenburg, verließ entgegen polizeilicher Anordnungen das Stadtgebiet und provozierte in Stupferich, Grötzingen und Wolfartsweier ihre Gegner. Als in Durlach verbreitet wurde, in Grötzingen sei ein Mitglied des Reichsbanners erschossen worden, richtete sich die Wut der Demokraten gegen die Nazi-Propagandisten. Rund 200 aufgebrachte Gegner erwarteten die

beiden Fahrzeuge am Abend auf Höhe der Straßenbahnhaltestelle Durlach Bahnhof (heute „Pforzheimer Straße“). Die Schlägerei, bei der Steine geworfen, mit Latten geschlagen und scharf geschossen wurde, forderte zahlreiche Verletzte – und ein Todesopfer. Der 17-jährige Fritz Kröber, der sich auf einem der beiden Wagen befunden hatte, fand durch die Dienstpistole des Polizeiwachtmeisters, Sozialdemokraten und Reichsbannerangehörigen und Otto Reize den Tod. Reize, der durch die Plane eines der Fahrzeuge hindurch geschossen hatte, wurde wegen Landfriedensbruch in Tateinheit mit Körperverletzung mit Todesfolge zu zwölf Monaten Gefängnis verurteilt, kam aber, obwohl er nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis bald wieder Arbeit fand, nie über die Tat hinweg.

Der Durlacher Sozialdemokrat Otto Reize (1886 -1939), Opfer nationalsozialistischer Verfolgung.

Otto Reize wurde am 2. Januar 1886 als Maurersohn in Durlach geboren. Ab 1901 arbeitete er als Fabrikarbeiter bei Gritzner, wurde 1912 städtischer Schutzmann und später zum Polizeiwachtmeister befördert. Nach seiner Entlassung gehörte er weiter dem Reichsbanner an und kandidierte 1926 bei den Kommunalwahlen für die SPD. Doch Reize wurde seines Lebens nicht mehr froh. Von den Nationalsozialisten als Mörder eines Märtyrers, dem nach 1935 an der Durlacher Allee ein Denkmal errichtet wurde, diffamiert, unternahm er am 11. Oktober 1930 einen ersten Selbstmordversuch. 1933 wurde er von der SA für mehrere Monate in das erst kurz zuvor errichtete Konzentrationslager Kislau (nördlich von Bruchsal) verschleppt, 1934 freigelassen, 1935 erneut inhaftiert und 1936 abermals freigelassen. Nach seiner Rückkehr fand er keine Arbeit mehr. Am 13. Juni 1939, einen Tag nach dem Tod seiner Frau, setzte Otto Reize seinem Leben ein Ende. Seit dem 16. April 2013 erinnert ein Stolperstein in der Gudrunstraße 8 an sein Schicksal.

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten und das Schicksal der SPD

Das Ende der Weimarer Republik wie auch jeglicher Rechtsstaatlichkeit kam innerhalb weniger Wochen: Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg, überredet von einflussreichen Personen aus Wirtschaft und Großgrundbesitz, Adolf Hitler zum Reichskanzler. Am 4. Februar wurde durch eine „Notverordnung“ die Presse- und Versammlungsfreiheit beschränkt, am 28. Februar „zum Schutze von Volk und Staat“ die Einschränkung der anderen Grundrechte „auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen“ beschlossen.

Unter diesen Voraussetzungen konnte man bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 nicht mehr von freien Wahlen sprechen. In Durlach errang die NSDAP 41,7 Prozent der abgegebenen Stimmen und blieb damit unter dem Reichsdurchschnitt. In absoluten Zahlen stellte sich das Ergebnis wie folgt dar: NSDAP 4.899 Stimmen, SPD 3.125, KPD 1.554, Zentrum 870, Evangelischer Volksdienst 437.

Schon am 6. März 1933, dem Tag nach der Wahl, wehten, gegen den Willen der Stadtverwaltung von der SA vorbereitet und durchgeführt, auf den öffentlichen Gebäuden Durlachs die Hakenkreuzfahnen. Drei Tage später schrieb der „Führer“: „In der ehemals roten Arbeiterstadt ist die marxistische Vorherrschaft endgültig gebrochen.“

Mit dem „Ermächtigungsgesetz“ vom 22. März 1933 wurde reichsweit die Gewaltenteilung aufgehoben; Hitler erhielt diktatorische Vollmachten. Einzig die SPD stimmte im Reichstag dagegen, die meisten Abgeordneten der KPD waren indessen bereits verhaftet. Mit dem Gleichschaltungsgesetz vom 31. März 1933 wurden direkte Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung vorgenommen. Die Zahl der Stadtverordneten und Stadträte in Durlach wurde anhand des Ergebnisses der Reichstagswahl vom 5. März korrigiert und ihre Zahl auf 10 reduziert, so dass die NSDAP von nun an mit sechs Sitzen die Mehrheit hatte. Auf die SPD entfielen drei Sitze, auf das Zentrum einer. Die KPD blieb aufgrund der bereits erwähnten „Verordnung des Reichspräsidenten

zum Schutze von Volk und Staat“ (Reichstagsbrandverordnung) vom 28. Februar 1933 unberücksichtigt. Nach der gemeldeten Liste verblieben folgende Sozialdemokraten im Durlacher Rat: 1. Christian Pfalzgraf, Magazinier, Auerstr. 50; 2. Friedrich Hetzel, Schreiner, Auerstr. 41, 3. Friedrich Kappler, Dreher, Waldhornstr. 9 (Aue). Am 31. Mai trat Friedrich Kappler aus der SPD aus, für ihn rückte Theodor Stuhlmüller nach, Schlosser, Ettlinger Str. 34.

In seiner ersten Sitzung am 11. Mai benannte der Stadtrat die heutige Pfinztalstraße (damals Hauptstraße) in Adolf-Hitler-Straße und die Karlsruher Allee in Fritz-Kröber-Straße um. Paul von Hindenburg, Adolf Hitler und der NSDAP-Gauleiter Robert Wagner wurden zu Ehrenbürgern ernannt. Am 12. Juni wurde auch die SPD verboten. Aufgrund eines Erlasses des badischen Innenministers wurden die SPD-Räte durch Nationalsozialisten ersetzt. Der nationalsozialistische Bürgermeister Dr. Theodor Lingens berichtet über die „von der Ortsgruppenleitung im Benehmen mit den Bürgermeister aufgestellten Ersatzliste“. Auf dieser standen „Hausmeister Friedrich Seyfried, Sofienstr. 18, Weinhändler Urban Schurhammer, Blumenstraße“ und „Mechaniker Konrad Weingärtner, Aue, Hauptstr. 12“. Die vom Bürgermeister an den Landeskommissär, ursprünglich eine Rechtsaufsichtsbehörde, am 27. Juli gemeldete Nachrücker-Liste wurde am selben Tag „fernmündlich genehmigt“. Von den Nachgerückten hielt es im Rat, der kurzzeitig wegen zahlreicher interner Streitigkeiten vor der Auflösung stand, der Mechaniker Weingärtner nur bis zum 22. Januar 1934 aus. An diesem Tag begehrte er seine Entpflichtung, „da ich geschäftlich und SA-dienstlich zu sehr in Anspruch genommen bin.“

Vermögen diese Abläufe aus Reichsgesetzgebung und kommunaler Verwaltung vielleicht nur Kenner der Materie erschrecken, so bleiben die in der Folgezeit gegen Juden, Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter und überzeugte Christen einsetzenden grausamen Verfolgungen, Peinigungen und Morde in der Geschichte ohne Beispiel. Auch die Durlacher Sozialdemokraten blieben hiervon nicht verschont. Als einen der ersten traf es Christian Pfalzgraf, den damaligen kom-

Der sozialdemokratische Kommunalpolitiker Christian Pfalzgraf, 1944 ins Konzentrationslager Dachau verschleppt, nach dem Kriege bis zu seinem Tod 1947 Durlacher Bezirksvorsteher.
Foto: Stadtarchiv 8_Alben215_06a

munalen Spitzenpolitiker der Durlacher SPD, der 1933 für zwölf Tage in „Schutzhaft“ genommen und danach bei Gritzner vom Magazinier (Magazinverwalter) zum Arbeiter zurückversetzt wurde. Nach dem Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 wurde Pfalzgraf ins Konzentrationslager Dachau verschleppt, von wo er im Oktober, von Misshandlungen gesundheitlich angeschlagen, wieder frei kam.

Den Durlacher Sozialdemokraten Jakob und Netti Storch, beide jüdischer Herkunft, widerfuhr ein schlimmeres Schicksal. Jakob Storch war schon 1919 gewählter Vertreter des Durlacher Arbeiterrats, der im Jahre 1918 neben dem Soldatenrat entstand. Auch seine Ehefrau Netti war SPD-Mitglied und eine von drei Frauen im 1910 300 Mitglieder umfassenden Ortsverein. Beide engagierten sich auch bei der Arbeiterwohlfahrt. Vergeblich bemühten sie sich 1939 um eine Ausreise. Sie wurden 1942 zuerst nach Theresienstadt und später 1944 nach Auschwitz verbracht, wo sie schließlich ermordet wurden. Ein Stolperstein vor dem Haus Lamprechtstraße 8 erinnert an sie.

Das Schicksal der „Schutzhaft“ erlitten dagegen schon im März 1933 alle badischen Landtags- und Reichstagsabgeordneten der SPD. Noch heute hinterlässt vor allem der grausame Umgang mit dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden im badischen Landtag, dem angesehenen Rechtspolitiker Ludwig Marum, Betroffenheit und Beklemmung. Marum, der ehemalige badische Staatspräsident Adam Remmele und fünf weitere führende badische Sozialdemokraten wurden am 16. Mai 1933 unter entwürdigenden Umständen von den Nationalsozialisten im offenen Lastwagen durch Karlsruhe gekarrt und ins Konzentrationslager Kislau verbracht, wo Marum am 29. März 1934 im Auftrag des Reichsstatthalters Robert Wagner erdrosselt wurde. Wagner, der kurzzeitig in Durlach gewohnt und die örtliche NSDAP aufgebaut hatte, war zudem für die Deportation zahlreicher Juden aus Baden und dem Elsass verantwortlich. Als Chef der elsässischen Zivilverwaltung führte er persönlich die Aufsicht über das Konzentrationslager Schirmeck und richtete in Straßburg ein Sondergericht ein, das in außergewöhlich vielen Fällen die Todesstrafe verhängte. Wegen seiner Verbrechen, die hier nur exemplarisch wiedergegeben werden können, wurde er am 3. Mai 1946 von einem Straßburger Militärgericht zum Tode verurteilt. Die Strafe wurde am 14. August desselben Jahres vollstreckt.

Während in Durlach viele Sozialdemokraten zu Beginn der NS-Zeit „lediglich“ ihre Arbeit verloren, kam am 7. April 1933 auch Jean Ritzert in Schutzhaft, die bis zum 2. Juni andauerte. Korruptionsvorwürfe, die ihm die Nationalsozialisten machten, ließen sich nicht halten. Erst Ende Juli 1933 gestattete man ihm, seinen Wohnsitz wieder in Durlach zu nehmen. Ritzert verlor seine Ruhebezüge als Beamter, ab 1935 erhielt er eine kleine Rente. Am 4. Dezember 1934 wurde er erneut für einen Tag verhaftet, weil er ein nationalsozialistisches Hoheitszeichen nicht gegrüßt hatte. 1941 schreibt der Leiter des NSDAP-Personalamtes über ihn: „Wenn nun Ritzert nach der Machtergreifung eine bessere Haltung erwiesen hätte ... könnte man ihm eine Großzügigkeit erweisen. Dies war nicht der Fall. Den deutschen Gruß kennt dieser alte SPDler nicht und wird ihn auch nie mehr kennenlernen. Sein Haus wird nie beflaggt.

... An eine Besserstellung dieses alten verkalkten SPD-Bonzen ist nicht zu denken. Seine politische Zuverlässigkeit wird solange versagt, bis es Ritzert von selbst einleuchtet, wie man sich politisch zu benehmen hat."

Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg

Das Ende der Schreckensherrschaft kam in Durlach in der Nacht vom 4. auf den 5. April 1945. Die Besetzung der Stadt durch französische Truppen markiert das Kriegsende, die förmliche Kapitulation am 8. Mai 1945 wurde nur noch als Datum wahrgenommen. 329 Menschen hatten während des Krieges in Durlach ihr Leben verloren. Im Vergleich zu Karlsruhe waren jedoch zahlreiche Gebäude erhalten geblieben. Die französische Besatzungsmacht blieb bis zum 7. Juli 1945 in Durlach, dann wurde sie von US-amerikanischen Einheiten abgelöst.

Die NS-Herrschaft hatte Durlach auch die Zwangseingemeindung nach Karlsruhe gebracht. Per „Eingliederungsverfügung" wurde Durlach zum Stadtteil von Karlsruhe. Der Durlacher Bürgermeister Heinrich Sauerhöfer, noch 1936 für zwölf Jahre ins Amt berufen und ein Gegner der Eingemeindung, war im Oktober 1937 nach Kehl abberufen worden. Selbst im „Führer" vom 2. Oktober 1937 wurde er noch mit den Worten zitiert, dass die Eingemeindung „vom rein lokalen gemeindepolitischen Standpunkt aus nicht notwendig" sei. Er konnte den Zwangsakt jedoch ebensowenig verhindern wie ein vom Durlacher Rathaus an den Reichsinnenminister gerichtetes Protestschreiben. Am 1. April 1938 wurde eine „von nationalsozialistischem Geiste getragene Vereinbarung" über die Modalitäten der Eingemeindung geschlossen.

In der Anfangszeit der französischen Besatzung wurde „la ville de Durlach" wie eine eigene Stadt behandelt und der Kontakt zu Karlsruhe abgeschnitten. Offensichtlich hatte das Kartenmaterial der französischen Besatzungsmacht Durlach noch als selbständige Stadt ausgewiesen. Die Sonderbehandlung Durlachs widersprach den Interessen der eingesetzten Karlsruher Stadtverwaltung, die schon am 9. April 1945 die Gesamtstadt in 16 Verwaltungsbezirke eingeteilt hatte – Durlach war, zu-

sammen mit Aue, einer davon. Die Begehrlichkeiten waren verständlich: Das zu 25 Prozent zerstörte Karlsruhe war auf der Suche nach Wohnraum, den es dann auch in der wenig beschädigten Markgrafenstadt fand, wo noch 1948 rund 3.000 ausgebombte Karlsruher wohnten.

In der Anfangszeit nach dem Kriege waren es Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommunisten, denen von der Besatzungsmacht Verwaltungsaufgaben in den 16 Karlsruher Stadtbezirken übertragen wurden. Für Durlach fielen diese Aufgaben an die ehemaligen SPD-Stadtverordneten Christian Pfalzgraf und Friedrich Hetzel sowie an Walter Rüthmüller, den Schwiegersohn von Otto Reize. Christian Pfalzgraf, ein Verwandter des heutigen Durlacher SPD-Kommunalpolitikers Hans Pfalzgraf, wurde schließlich Bezirksvorsteher von Durlach. Christian Pfalzgraf wurde 1886 geboren, arbeitete bei Gritzner und war 1906 in die SPD eingetreten. Schon vor 1933 gehörte er dem Stadtrat von Durlach an. Nach dem Kriege wurde er bei der Gemeinderatswahl vom 26. Mai 1946 auch Stadtrat von Karlsruhe. Er erkrankte im Juli 1946 schwer und starb, als Bezirksvorsteher bis zuletzt im Amt, am 1. März 1947. Die SPD Durlach schrieb 1964 über ihn: „Seine Zuversicht und Schaffensfreude, die trotz vorübergehender KZ-Haft und schwerer Krankheit ungebrochen waren, gaben vielen Menschen Vertrauen und ließen sie mitarbeiten an der Überwindung der Not."

Schon unmittelbar nach Kriegsende hatten sich in Durlach Bestrebungen gezeigt, die Stadt wieder aus Karlsruhe auszugemeinden. Vorreiter der Ausgemeindungsforderung war vor allem die im September 1945 gegründete Durlacher CDU. Eine Unterschriftenaktion im Jahre 1946, die die Forderung enthielt, Durlach „durch Gesetz wieder zur selbständigen Gemeinde zu erklären", fand schnell die Zustimmung bei 6.000 Unterzeichnenden.

Die SPD stand jedoch an der Seite derer, die den Verbleib bei Karlsruhe forderten. Sie glaubten daran, eine neue Wirtschaftskrise unter dem Schutz Karlsruhes besser überstehen zu können. Die von Sozialdemokraten dominierte Verwaltung der Gesamtstadt Karlsruhe versuchte die Ausgemeindung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu ver-

hindern – erfolgreich, wenn man so will, bis heute. In einem Bericht des Bezirksverwaltungsamtes vom November 1946 hieß es, die Durlacher „Geschäftswelt, die einigermaßen gut über die Kriegsereignisse hinweg kam (keine Bombenschäden), möchte sich vor den finanziellen Belastungen der Nachkriegszeit drücken, auf Kosten der verarmten Bevölkerung von Karlsruhe…“

Immerhin gestattete die Karlsruher Stadtverwaltung 1947 im Einvernehmen mit einem Durlacher „interfraktionellen Ausschuss“ die Errichtung einer selbständigen Verwaltungsstelle im Durlacher Rathaus. Der Aufbau der Verwaltungsstelle sollte so ausgestaltet sein, dass den Bürgern für ihre Behördengänge der Weg nach Karlsruhe erspart werden sollte. So entstand das „Stadtamt Durlach“, wie es bis heute heißt. Ein besonderes Entgegenkommen stellte die Einrichtung des Stadtamtes jedoch nicht dar – die „Verwaltungsstelle“ und die Aufrechterhaltung von Ämtern war bereits in der Eingemeindungsvereinbarung zum 1. April 1938 festgeschrieben gewesen.

Erster Durlacher Stadtamtsleiter war der ehemalige Bürgermeister Jean Ritzert. Er amtierte bis 1954. Ihm wurde mit dem Verwaltungsausschuss ein beratendes Gremium zur Seite gestellt, dessen Vorsitz der Karlsruher Oberbürgermeister innehatte. Als am 27. Februar 1947 der Karlsruher Gemeinderat diese Verwaltungsstrukturen beschloss, triumphierte der Karlsruher OB Friedrich Töpper, damit sei „die freiwillige Eingemeindung Durlachs vollzogen“.

Dies war natürlich unrichtig, weil auch 1947 weder ein Gesetz noch ein demokratisch legitimiertes Durlacher Stadtparlament die Aufgabe der Selbständigkeit legalisiert, sondern lediglich ein interfraktioneller, von der Stadt Karlsruhe eingesetzter Ausschuss Durlacher Bürger bestimmten Verwaltungserleichterungen zugestimmt hatte. Den Beschluss des (Gesamt-)Karlsruher Gemeinderates als Vollzug der „freiwilligen Eingemeindung Durlachs“ zu interpretieren, war daher bereits aus damaliger und erst recht aus heutiger Sicht eher eine zynische Anmaßung denn eine realistische Analyse der Gegebenheiten.

Sozialdemokratische Stadtamtsleiter

Von seiner Entstehung an im Jahre 1947 bis 1982 wurde das Stadtamt Durlach von Sozialdemokraten geführt. Der ehemalige Durlacher Bürgermeister Jean Ritzert war am 1. Mai 1947 einstimmig vom Karlsruher Stadtrat und Durlacher Verwaltungsausschuss gewählt worden und blieb bis zu seinem 74. Lebensjahr Ende 1954 im Amt. Heute ist nach ihm eine Straße auf dem Turmberg benannt. Ihm folgte Emil Busch nach. Der 1899 in Düsseldorf geborene Emil Busch hatte vor dem Kriege eine kaufmännische Lehre absolviert und als Handelsvertreter gearbeitet. Nach der Rückkehr aus amerikanischer Gefangenschaft ließ er sich in Karlsruhe nieder und war zwischen 1947 und 1959 Vorsitzender der Durlacher SPD. Als Stadtamtsleiter amtierte er bis 1966. Zudem war er

Gedenken und Kranzniederlegung am Grab von Christian Pfalzgraf aus Anlass des 75-jährigen Jubiläums der SPD Durlach am 9. November 1964. Im Vordergrund der Ortsvereinsvorsitzende und spätere Stadtamtsleiter Willi Baschin.
Foto: Schlesiger, Stadtarchiv 8_BA_Schlesiger_A11_182_4_12

auch Vorsitzender der Bürgergemeinschaft Durlach und Aue, die 1953 wiedergegründet worden war. Als Verdienst wird ihm die Initiative zur Gründung des Sängerkartells (heute: Durlacher Chöre) und des vom Sängerkartell über viele Jahre hinweg ausgerichteten Schlossgartenfestes zugeschrieben, das, wie sich viele Durlacher erinnern, häufig mit heftigen Regenfällen zu kämpfen hatte, egal in welcher Jahreszeit es veranstaltet wurde.

Letzter sozialdemokratischer Stadtamtsleiter war Willi Baschin (von 1966 bis 1982). Ihm folgte – die Mehrheitsverhältnisse im entscheidenden Karlsruher Gemeinderat hatten sich längst geändert – Horst Holzer (CDU) nach, der das Amt bis zur Einführung der Ortschaftsverfassung im Jahre 1989 innehatte und danach bis 1994 Ortsvorsteher war. Der aus Berlin stammende Willi Baschin hatte als Kellner im Gasthaus „Lamm“ (Bienleinstorstraße) gearbeitet. Bei Gritzner-Kayser fand er eine Arbeitsstelle als Schleifer, kam zur IG Metall und wurde 1958 Betriebsratsvorsitzender. Seit 1959 führte er die SPD Durlach und gehörte von 1960 an dem Karlsruher Gemeinderat an.

Kommunalpolitik ohne gewählte Volksvertretung

In der Festschrift „75 Jahre SPD Durlach“ von 1964 gibt Baschin einen Überblick über die anstehenden kommunalen Aufgaben: „a) die Behebung der Wohnraumnot und Unterbringung unserer Bevölkerung in menschenwürdige und familiengerechte Wohnungen, b) die Beseitigung der noch vorhandenen Schulraumengpässe, c) die Verbesserung der Verkehrsbedingungen in unserer Stadt.“ Gerade in die Zeit der 1960er Jahre fallen viele Durlacher Investitionsprojekte, die von der SPD unterstützt wurden: Der Bau der Umgehungsstraße nach Grötzingen, der Neubau der Schlossschule und der Grundschule Aue, die Bebauung des Lohn-Lissen-Gebietes, das Entstehen der Bergwaldsiedlung, der Bau des Altersheims „Parkschlössle“.

Zur Eingemeindung Durlachs nach Karlsruhe stand die Durlacher SPD auch in den 1960er Jahren immer noch felsenfest. Sie meint sogar,

die NSDAP habe „durch geschickte Propaganda“ die Bevölkerung gegen das Projekt (gemeint ist die Eingemeindung) „aufgehetzt“ und es dennoch vollzogen. Wörtlich schreibt die SPD:

„Es kann keinen Zweifel geben, dass aufgrund der engen wirtschaftlichen Verpflechtung (!!, d. Verf.) mit Karlsruhe eine Eingemeindung notwendig war. Nach der heute gültigen Gemeindeordnung für den Stadtkreis Karlsruhe ist zudem eine Regelung gefunden worden, die der Forderung nach einer sinnvollen kommunalen Verwaltung des Stadtteils Durlach ebenso entspricht wie den berechtigten Anliegen unserer Bevölkerung.“

Dass die Durlacher SPD über 25 Jahre nach der Zwangseingemeindung dafür ausgerechnet in ihrer Festschrift einen Rechtfertigungsversuch startete, zeigt, wie intensiv dieser Unrechtsakt im Bewusstsein der Bevölkerung verankert war. Die im Stadtamt Durlach und seiner Leitung fest verwurzelten Sozialdemokraten der damaligen Zeit erkannten (noch) nicht, dass die Einrichtung des Stadtamts Durlach ein Strukturdefizit aufwies: Die fehlende Legitimation durch die Durlacher Bevölkerung. Aus damaliger Sicht mag es zwar angenehm erscheinen, dass die Durlacherinnen und Durlacher für ihre Behördengänge eine Anlaufstelle im Durlacher Rathaus vorfanden. Die demokratische Durchsetzung politischer Anliegen war ihnen jedoch verwehrt. Im Karlsruher Gemeinderat mühten sich seit 1946 Durlacher SPD-Stadträte wie Jean Ritzert, Oskar Ulmer (Aue), Paul Hugo Jahn und Hans-Dieter Schucker oft vergeblich.

Oskar Ulmer (1902 – 1961) aus Aue, SPD-Stadtrat von 1947 bis 1961.
Foto: Stadtarchiv 8_Alben215_35b

Mangels anderer Plattformen nutzten engagierte Durlacher nicht selten Mottowagen für Fastnachtsumzüge oder karnevalistische Aktionen, um auf kommunalpolitische Anliegen aufmerksam zu machen, wie etwa auf fehlende Gelder für den Durlacher Fastnachtsumzug („In Karlsruh´ wird des Geld verdemmert, in Durlach werre Kischte g´hämmert" – der Präsident des Karlsruher Festausschusses hieß Demmer und wohnte ausgerechnet in Durlach) oder auch auf dringend notwendige Straßenbaumaßnahmen (wie etwa die „Umbenennung" der Basler-Tor-Straße in „Rue de la Schlagloch").

1957 wurde durch Satzung der Stadt Karlsruhe für Durlach der „Bezirksbeirat" eingerichtet. Dabei handelte es sich um ein in der Gemeindeordnung des 1952 gegründeten Landes Baden-Württemberg vorgesehenes beratendes Gremium, das in allen wichtigen Angelegenheiten Durlachs ein Anhörungsrecht hatte. Der nach dem Kriege gegründete Verwaltungsausschuss wurde damit an die neuen kommunalrechtlichen Vorschriften angepasst. Die Strukturen blieben dieselben: Die Sitzungen waren nicht öffentlich, die Mitglieder des Bezirksbeirates wurden von den Parteien und nicht von der Bevölkerung benannt und letztlich vom Karlsruher Gemeinderat bestellt, und häufig kam es zu Diskussionen, ob eine Angelegenheit so „wichtig" sei, dass man sie im Bezirksbeirat erörtern müsse. Ein Beschluss- oder Vetorecht gab es nicht.

Auch SPD-Bezirksbeiratsmitglieder hielten gegenüber den eigenen Durlacher Parteimitgliedern geheim, was im Bezirksbeirat beraten wurde, womöglich aus Rücksicht auf den von der SPD getragenen Stadtamtsleiter, und beriefen sich auf die Nichtöffentlichkeit der Sitzungen. Das in der baden-württembergischen Gemeindeordnung bis heute vorgesehene, vermeintlich demokratische Instrument Bezirksbeirat brachte Durlach keine Durchsetzungsmöglichkeiten und war zur Gestaltung von Kommunalpolitik schlichtweg ungeeignet.

Im Kommunalwahlkampf 1975 (Motto: „Maß und Menschlichkeit") erkannte die SPD – mittlerweile von heftigen innerparteilichen Diskussionen und Flügelkämpfen, aber auch von der Aufbruchstimmung der

Politik Willy Brandts geprägt – ihre Fehleinschätzung der Vergangenheit. Als erste Partei forderte sie die Einführung eines Ortschaftsrates für Durlach und zusätzlich auch noch für Hagsfeld, Knielingen, Oberreut, Daxlanden und Rüppurr, die jedoch das kommunalrechtlich erforderliche Gebot räumlicher Trennung nicht erfüllten. Die SPD hielt an ihrem Anliegen fest. Ein entsprechender Antrag fand im Februar 1988 im Hauptausschuss des Gemeinderates Zustimmung. Schon Ende März 1988 stellte die SPD-Gemeinderatsfraktion einen weiteren Antrag mit dem Ziel, die Einführung eines Ortschaftsrats für Durlach auf keinen Fall aufgrund der rechtlichen Problematik wegen der anderen Stadtteile zu verzögern.

Am 22. Oktober 1989 schließlich durften 22.442 wahlberechtigte Durlacher den ersten Ortschaftsrat wählen – nach über 50 Jahren gab es wieder eine demokratisch gewählte Vertretung der Durlacher Bürgerinnen und Bürger. Von den 22 Sitzen entfielen neun auf die CDU, acht auf die SPD, drei auf die Grünen und zwei auf die FDP. Mit der Installation des Ortschaftsrates, woran die SPD einen großen Anteil hatte, bekam Durlach zwar seine Selbständigkeit nicht zurück, aber immerhin eine gewählte Vertretung, die beschränkte kommunalpolitische Entscheidungsrechte hat und über geringe eigene Haushaltsmittel verfügt.

Politisierung der Gesellschaft und Debattenkultur

Der Weg zur Schaffung des Ortschaftsrates in Durlach erscheint heute durchaus – auch – als späte politische Konsequenz der Demokratisierungsdebatte, die die Gesellschaft und erst recht die Sozialdemokratie nach 1968 erfasst hatte. Man gab sich mit dem Erreichten nicht zufrieden, wandte sich gegen die Verstaubtheit des gesellschaftlichen Lebens und verknüpfte dies mit sozialistischen Forderungen. Symbolhaft belegt hat dies in Durlach die Episode um den „Roten Turm“.

Die Stadt Karlsruhe hatte das Basler Tor in Durlach der „Deutschen Jungenschaft“ als Jugendgruppenraum vermietet und ihr zum 31. Dezember 1968 gekündigt, weil dort ein junges Paar vertragswidrig

Wahlkundgebung der SPD am 19. November 1972 in der Durlacher Festhalle mit Dr. Peter Corterier (MdB, im Vordergrund) und Kanzleramtsminister Prof. Dr. Horst Ehmke.
Foto: Schlesiger, Stadtarchiv A24_107_1_7

SPD-Kinderfest der SPD auf dem Durlacher Schlossplatz am 15. Juli 1974.
Foto: Schlesiger, Stadtarchiv A28_12_3_31

„übernachtet und gewohnt“ hatte. Während vor dem Durlacher Amtsgericht der Räumungsprozess angestrengt wurde, solidarisierten sich die Jugendlichen, hielten den Turm besetzt und gründeten am 28. März 1969, dem Jahrestag der Pariser Kommune, das erste „antiautoritäre Jugendheim“ Deutschlands. Sie forderten – mit Unterstützung aus den Universitätsstädten Heidelberg und Tübingen – ein „uneingeschränktes Übernachtungsrecht“ und „progressive Lösungen der Problemkreise Jugend, Politik, Sexualität und Herrschaft“. Die rote Fahne hing vom Turm, Graffiti mit Mao-Zitaten zierten die Wände im Turminneren. Vor dem Turm kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen. Im April 1969 drangen mehrere NPD-Aktivisten, darunter drei Landtagsabgeordnete, in den Turm ein, verprügelten die anwesenden Turmbesetzer und stahlen die rote Fahne. Am 8. Mai 1969, dem Tag vor der mündlichen Verhandlung vor dem Durlacher Amtsgericht, wurde der Turm mit einem Kleinkalibergewehr beschossen. Als die Jugendlichen am 27. Mai 1969 vor das Amtsgericht zogen, um die Verkündung des Räumungsurteils zu erwarten, war diese vorverlegt worden. Ihr Zorn richtete sich daraufhin gegen das Durlacher Rathaus, wo sie Wände besprühten und Akten auf die Pfinztalstraße warfen. Die rechtswidrige polizeiliche Räumung am 28. Mai – noch vor der Rechtskraft des Urteils und vor Ablauf der Räumungsfrist zum 31. Juli – verlief nahezu gewaltfrei und war Top-Thema in der Tagesschau.

Mit der SPD hat diese Begebenheit nur insoweit zu tun, als sie beweist, wie präsent die Diskussion um den richtigen Weg zum Sozialismus auch in Durlach war. Längst hatten die Debatten um den Vietnamkrieg die Durlacher Schulen erfasst, waren der Kommunistische Oberschüler-Verband und die Karlsruher Schülerunion gegründet worden. Der Sozialdemokratische Schülerbund Karlsruhe hatte am Markgrafengymnasium und an der Gewerbeschule Durlach eine solide Basis. Die Durlacher Jungsozialisten betrieben in der Zunftstraße 22 ihren „Juso-Laden“, in dem sie Theorien zur Veränderung der Gesellschaft entwickelten und verfeinerten, dabei aber auch die praktische Arbeit nicht vergaßen: So ist ihrem Engagement die bis heute

sichtbare Umgestaltung des Pestalozzi-Spielplatzes in einen Abenteuerspielplatz zu verdanken. Was heute im Ortschaftsrat einmütig über die Bühne geht, musste in den 1970er Jahren mühevoll über eine Bürgerinitiative erstritten werden.

Die Jungsozialisten bestanden in dieser Zeit im Wesentlichen aus drei Richtungen: Den „Stamokaps“, die der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus folgten, den undogmatischen Reformsozialisten und den Antirevisionisten, die eine Zwischenstellung einnahmen und jedenfalls in den damaligen Systemen Osteuropas keinen Ansatz für einen richtigen Weg zum Sozialismus sahen. Die drei Richtungen waren selbstverständlich auch in Durlach vertreten; ihnen war eine äußerst kritische Haltung zum Ortsverein gemeinsam, was sowohl der Ortsvereinsvorsitzende Willi Baschin als auch sein Nachfolger Günter Jäck zu spüren bekamen wie auch andere Sozialdemokraten, die, aus welchen programmatischen Gründen auch immer, in Ungnade gefallen waren und deshalb stets mit ihrer Abwahl aufgrund vorangegangener intensiver Geheimabsprachen rechnen mussten.

Ein Durlacher als Symbol für parteiinterne Konflikte

Ausgerechnet ein Durlacher war es, der in diesen Positionskämpfen bundesweit Aufmerksamkeit erregte: Klaus Uwe Benneter, am 1. März 1947 in Karlsruhe geboren, von 1953 bis 1961 zunächst in Aue, dann im Markgrafengymnasium zur Schule gegangen, hatte 1966 am Helmholtz-Gymnasium das Abitur abgelegt und war als junges SPD-Mitglied zum Jurastudium nach Berlin gegangen. Seine badische Heimat war ihm zwar zwischenzeitlich fremd geworden, aber als seine Wahl zum Juso-Bundesvorsitzenden anstand, ließ er es sich nicht nehmen, im Durlacher „Wienerwald“ (heute Cubanita) den Genossen den Weg zum Sozialismus zu erklären. Es war zwar keine flammende Rede, aber eine analytische, wie es seinem Naturell entsprach. 1977 wurde Benneter in Hamburg zum Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten gewählt. Im Amt blieb er nicht lange. Der ihm zugeschriebene Satz „Die CDU ist der Klassenfeind, die

Wahlkampfkundgebung der SPD mit dem damaligen Bundesjustizminster Hans-Jochen Vogel am 25. September 1980 vor dem Durlacher Rathaus.
Foto: Schlesiger, Stadtarchiv A40_107_3_25

DKP lediglich ein politischer Gegner“ wurde ihm zum Verhängnis. Der damalige SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr, der der Parteilinie folgte, die eine Zusammenarbeit mit Kommunisten ausschloss, betrieb noch im selben Jahr Benneters Parteiausschluss. Nach sechs Jahren wurde Benneter wieder in die Partei aufgenommen, kommentierte dies später mit dem Satz „Die Auszeit hat mir gut getan“, kam in Berlin in den Bundestag und wurde 2004 Generalsekretär der Bundes-SPD.

Die parteiinternen Auseinandersetzungen zeigten sich auch personell: Von 1972 bis 1987 wechselte der Vorsitz in der Karlsruher SPD siebenmal. In Durlach hielt Günter Jäck als Nachfolger von Willi Baschin immerhin als Ortsvereinsvorsitzender durch, bis er 1989 den Vorsitz an Hans Pfalzgraf abgab. 14 Jahre lang saß Jäck im Gemeinderat, war Ortschaftsrat und stellvertretender Ortsvorsteher. Das Zerwürfnis mit

Feier zum 90-jährigen Jubiläum der Durlacher SPD am 3. Oktober 1979 mit Staatssekretär Klaus Bölling (am Rednerpult).
Foto: Schlesiger, Stadtarchiv A38_117_3_16

der SPD kam bei ihm mit zeitlicher Verzögerung: Er trat aus der Partei aus, bildete im Ortschaftsrat mit ähnlich Gesinnten eine unabhängige Fraktion und kandidierte 1998 als Unabhängiger für den Posten des Karlsruher Oberbürgermeisters.

Die Kontinuität im Vorsitz des SPD-Ortsvereins darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in der Partei immer mal wieder brodelte und in geheimen Absprachen Mehrheiten vorbereitet wurden, bei denen es selten um die Sache ging. So gab es beispielsweise bei der Jahreshauptversammlung 1989 eine Kampfabstimmung um den Posten des Schriftführers, was sich kaum mit politischen Präferenzen oder gar Einflussmöglichkeiten erklären lässt.

Bei allen parteiinternen Streitigkeiten – der dem Durlacher Ortsverein angehörende Stadtrat, Landtagsabgeordnete und spätere Baubür-

germeister der Stadt Karlsruhe (1981 bis 1995) Erwin Sack schaffte es bei einer Jahreshauptversammlung einmal gerade noch, wenigstens als Ersatzdelegierter für die Kreisdelegiertenkonferenz gewählt zu werden – machte die Durlacher SPD auch Sachpolitik und feierte 1989 ihr 100-jähriges Jubiläum.

1989: 100 Jahre SPD Durlach

Zunächst gab es am 22. und 23. September ein Volksfest im Schoppegässle, am 29. September wurde in der Orgelfabrik eine Ausstellung zur Parteigeschichte eröffnet und am 7. Oktober hielt der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Martin Hirsch, der dessen Zweitem Senat bis 1981 angehört hatte, den Festvortrag. Er schloss mit dem Appell: „Bleiben Sie Sozialist und bleiben Sie Republikaner und treten Sie ein für die Freiheit des anderen – dann liegen Sie richtig.“ Hans Pfalzgraf verwies auf die Leistung der Gründerväter, die den Grundstein für die heutige Demokratie geleistet haben. Gesamtstädtisch gab sich der neue Ortsvorsteher Horst Holzer: Die SPD habe erkannt, dass Einsatz für Durlach auch immer der Stadt Karlsruhe zugute komme.

Ihren Einsatz für Durlach machte die SPD fortan durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit deutlich: Sie gab die Zeitung „Durchblick“ heraus, die sich, aufwendig gestaltet, in einer Auflage von 8.000 Exemplaren an die Durlacher Bevölkerung wandte. „Umwelt ist unsere Welt“ heißt es dort schon 1989 in einem flammenden Aufruf zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs. Der Ausbau der Ortschaftsverfassung, die Sicherung der sozialen Lebensqualität, die Verkehrsberuhigung in Durlach und seine Eigenständigkeit sind weitere Themen. 1994 fordert die SPD ein schlüssiges Verkehrskonzept, Begegnungsstätten, Freizeitanlagen und Schulsporteinrichtungen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen.

1996 beklagt die SPD die Entlassungen bei der Badischen Maschinenfabrik Durlach, die im Jahr der 800-Jahr-Feier Durlachs ihr 140-jähriges Jubiläum hätte begehen können. Sie wundert sich auch

Ausstellungseröffnung in der Orgelfabrik zum 100-jährigen Jubiläum der Durlacher SPD im Jahre 1989. Foto: Samuel Degen

darüber, dass im Durlacher Rathaus „bei den höheren Rängen keine Frau“ beschäftigt sei. Acht Jahre später wurde auch diese SPD-Forderung erfüllt – durch die seitherige Ortsvorsteherin Alexandra Ries (CDU), wenn auch anders, als sich die SPD dies gedacht hatte. 1998 unterstützte die SPD Durlach, verbunden mit kommunalpolitischen Forderungen nach mehr Grün, mehr Arbeitsplätzen und weniger Verkehr, die Wahl von Heinke Salisch zur Karlsruher Oberbürgermeisterin (erfolglos) und die Wahl von Gerhard Schröder zum Bundeskanzler (erfolgreich).

Mit der Wahl von Gerhard Schröder zum Bundeskanzler konnte die SPD nach 16 Jahren bitterer Opposition auch bundesweit endlich wieder aktiv Politik machen – was das innerparteiliche Selbstbewusstsein

zum Besseren verändert haben dürfte. Es sei ein herrliches Gefühl, als Mitglied einer Partei hier zu stehen, die gewonnen habe, betonte Hans Pfalzgraf bei einem Ehrenabend der Durlacher SPD im Jahre 1998, bei dem die heutige stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Ute Vogt, zu den Genossinnen und Genossen sprach, Bundespolitik aus erster Hand anschaulich vermittelte und die Umsetzung des SPD-Regierungsprogramms erläuterte.

Zwar war auch nach 1998 die Gesamtpartei nicht vor Erschütterungen sicher, doch die Kommunalpolitik sollte darunter nicht leiden, auch wenn die Wahlergebnisse der SPD etwas schlechter wurden: 1989 errang die SPD acht von 22 Sitzen im Ortschaftsrat, 1994 sechs; seit 2009 verfügt die SPD noch über fünf Sitze, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass mehr Gruppierungen kandidieren als früher und dass sich die Struktur der Wahlbevölkerung verändert hat. Seit 2004 führte Hans Pfalzgraf die SPD-Fraktion im Ortschaftsrat. Nach zehn Jahren kandidierte Hans Pfalzgraf nicht mehr; es löste ihn 2014 Dr. Jan-Dirk Rausch ab. Im Ortsverein hatte Hans Pfalzgraf schon etwas früher die Verantwortung an Klaus Arheidt weitergegeben, dem später Stefan Volz nachfolgte.

Der Ortschaftsrat verfügt 2014 über fünf Fraktionen. Die SPD-Anträge beschäftigen sich nach wie vor mit Themen, die die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen: Die Schaffung von Betreuungsplätzen, Umwelt und Verkehr, Erhaltung schützenswerter Gebäude, die Erholungsfunktion des Pfinzufers, der Bebauungsplan „Altstadt Durlach“, die Aufwertung von Aue und der Untermühl- und Dornwaldsiedlung und nicht zuletzt Durlachs wichtigstes soziales Projekt der Gegenwart, der Sport- und Freizeitpark „Untere Hub“ und die damit einhergehende Bebauung des bisherigen Sportgeländes von ASV, DJK und TC. Beide Bebauungspläne sind im September 2014 auf den Weg gebracht worden, einstimmig im Ortschaftsrat, mit Unterstützung aller Fraktionen. Gerade einstimmige Beschlüsse des Durlacher Ortschaftsrats verhallen in Karlsruhe nicht ungehört; der Gemeinderat folgt – jedenfalls in jüngerer Zeit – dem Durlacher Votum.

Drei Durlacher Sozialdemokraten

Will man aus der aktuellen Zeit führende oder anderweitig bedeutende Durlacher Sozialdemokraten herausgreifen, so muss die Auswahl zwangsweise willkürlich bleiben. In der diskussionsfreudigen Zeit der 1970er und 1980er Jahre hätte es hierüber womöglich gar keine innerparteiliche Einigung gegeben. Wir versuchen es trotzdem (auch ohne Mehrheitsbeschluss einer Mitgliederversammlung) und nennen Ulrich Hochschild, Johannes Jung und Hans Pfalzgraf.

Ulrich Hochschild wurde 1949 geboren und ist ein echter Durlacher. 1967 legte er am Markgrafengymnasium das Abitur ab und studierte Geschichte, Politik und Französisch auf Lehramt. Er gehörte dem Vorstand des Durlacher SPD-Ortsvereins an und promovierte in Heidelberg zum Thema „Sozialdemokratie und Völkerbund". Er wandte sich dem höheren Auswärtigen Dienst zu, in dem er eine rasche diplomatische Karriere machte, insbesondere im französischen Sprachraum. Er war deutscher Botschafter in Benin (1991 bis 1993), Burkina Faso (2005 bis 2011) und Madagaskar (2013 bis 2014). Unter Außenminister Joschka Fischer leitete er beim Auswärtigen Amt die Abteilung Abrüstung und Rüstungskontrolle. Während seiner Zeit in Burkina Faso förderte der überzeugte Fußballkenner mit Unterstützung der Bundesregierung die Einrichtung eines Fußballinternats.

Der deutsche Konsul in Frankreich, der Durlacher Ulrich Hochschild (links), beim Olympiatag in Village-Neuf (Neudorf) im Jahr 2012. Foto: DNA

Auch Johannes Jung (geb. 1967) bringt Sinn fürs Auswärtige mit. Nach dem Abitur 1986 am Ludwig-Marum-Gymnasium in Pfinztal

Johannes Jung mit dem heutigen Außenminister Frank-Walter Steinmeier (2009).

absolvierte Jung ein Studium der Politikwissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, das er 1995 als Magister Artium (M.A.) beendete. Anschließend war er als Geschäftsführer beim SPD-Landesverband Baden-Württemberg und danach von 1998 bis 2005 als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Brigitte Wimmer tätig. 2004 wurde er in den Durlacher Ortschaftsrat gewählt, in dem er aber nur kurz tätig war, weil er 2005 in den Bundestag gewählt wurde, dem er bis 2009 angehörte. Johannes Jung war Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, dort Fachmann für Osteuropa und EU-Nachbarschaftspolitik sowie im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe aktiv. Seit 2011 ist Johannes Jung in Brüssel Leiter der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union. Seine Aufgabe besteht in der Interessenvertretung und Repräsentation des Landes gegenüber den EU-Institutionen.

Als letzten – und mit dem klar so gemeinten Zusatz: das Beste kommt am Schluss – gilt es, Hans Pfalzgraf zu würdigen. Seine mehrfache Er-

wähnung in diesem Text gibt nur bruchstückhaft wieder, was er für die SPD, aber vor allem für die Menschen in Durlach und Karlsruhe geleistet hat und immer noch leistet: Hans Pfalzgraf (geb. 1946) ist gelernter Maschinenschlosser. Seit 1962 ist er Mitglied der IG Metall und war lange Jahre Betriebsrat und Betriebsratsvorsitzender. Er gehört seit 1989 dem Karlsruher Gemeinderat und dem Durlacher Ortschaftsrat an. Von 1994 bis 2014 war er stellvertretender Ortsvorsteher in Durlach. Im Karlsruher Gemeinderat bekleidet er seit 2008 auch das Amt des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. 2009 holte er bei der Ortschaftsratswahl 5.528 Stimmen und war damit absoluter Stimmenkönig. Den Schwerpunkt seiner Tätigkeit bilden die kommunale Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaft und Verkehr. Wie kein anderer Durlacher Sozialdemokrat ist Hans Pfalzgraf den Vereinen verbunden, wovon 16 Vereinsmitgliedschaften einen beeindruckenden Nachweis liefern. Am 19. September 2014 erhielt Hans Pfalzgraf für seine Verdienste die Ehrenmedaille der Stadt Karlsruhe. Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup bezeichnete Hans Pfalzgraf als „Sozialdemokraten aus tiefster Überzeugung, der sich immer für die Schwächeren, für faire Verteilung und Gerechtigkeit“ einsetze. Hans Pfalzgraf ist aufgrund seiner jahrzehntelangen Erfahrung und seiner klaren politischen Haltung aus der SPD Durlach nicht wegzudenken. Seine Beliebtheit in der Bevölkerung, seine Fähigkeit, auf Menschen zuzugehen, sein Idealismus, seine persönliche Integrität und Aufrichtigkeit machen ihn zum Vorbild für alle, die sozialdemokratische Politik machen.

Hans Pfalzgraf erhält von Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup (SPD) die Ehrenmedaille des Stadt Karlsruhe am 19. September 2014. Foto: Peter Bastian, Bildstelle der Stadt Karlsruhe

2014: Die SPD Durlach in Gegenwart und Zukunft

Man soll die Realitäten zutreffend beschreiben: Die SPD Durlach ist in ihrem Jubiläumsjahr weiter in einem Schrumpfungsprozess. Mit rund 100 Mitgliedern ist sie zwar nach wie vor ein sehr großer Ortsverein, aber allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen machen auch vor der SPD nicht halt. Die große Euphorie für Politik aus den Zeiten, als, wie bei der Bundestagswahl 1972, über 91 Prozent an die Wahlurnen gingen, ist vorbei.

Parteiversammlungen verströmen selten Fun und Entertainment und sind deshalb kaum geeignet, neue Mitglieder zu mobilisieren. Andere Parteien, aber auch Vereine bekommen diese Entwicklung ebenfalls zu spüren. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen prophezeien das Sterben von Geselligkeitsvereinen, ja sogar das Ende von Randsportarten. Das gegenwärtige Leben, wo die permanente, vom Arbeit- oder Auftraggeber geforderte Erreichbarkeit ein ehrenamtliches Engagement für die meisten Menschen nahezu unmöglich macht, verlangt nach neuen Handlungsformen für die politische Arbeit, in Durlach und anderswo, unter der Einbeziehung der sozialen Netzwerke und junger Menschen. Die SPD sollte auch hierauf die richtigen Antworten finden.

Politisch ist die Programmatik des SPD so modern wie vor 125 Jahren: Der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit, nach Frieden, nach der Unterstützung von benachteiligten Menschen darf nicht verhallen. Die Schaffung sozialer Gerechtigkeit ist eine Daueraufgabe. Jedes Projekt, das auf kommunaler, auf Landes- oder Bundesebene oder international durch die Initiative der SPD – idealerweise im Konsens mit anderen – verwirklicht wird, soll die Gesellschaft ein wenig gerechter und solidarischer machen. Dafür ist man gerne Sozialdemokrat, heute und in der Zukunft.

SPD-Ortschaftsratskandidaten auf dem Weg ins Durlacher Rathaus (2014).
Foto: Samuel Degen

Anhang

Durlacher SPD-Bürgermeister und Stadtamtsleiter

Jean Ritzert, Bürgermeister 1922 – 1931
Christian Pfalzgraf, Bezirksvorsteher 1945 – 1947
Jean Ritzert, Stadtamtsleiter 1947 – 1954
Emil Busch, Stadtamtsleiter 1954 – 1966
Willi Baschin, Stadtamtsleiter 1966 – 1982

Durlacher SPD-Bundestagsabgeordnete

Johannes Jung 2005 – 2009

Durlacher SPD-Landtagsabgeordnete

Erwin Sack 1973 – 1981

Durlacher SPD-Ortschaftsräte

1989 – 1994
Hans-Dieter Schucker (Fraktionsvorsitzender), Udo-Axel Glunk (stellv. Fraktionsvorsitzender), Rolf Benneter, Charlotte Eggarter, Wilhelm Endres, Gunda Hemberger, Günter Jäck, Hans Pfalzgraf

1994 – 1999
Hans-Dieter Schucker (Fraktionsvorsitzender), Hans Pfalzgraf (stellv. Fraktionsvorsitzender), Ute Artmann, Rolf Benneter (ab 09/1997 Christa Schulte), Charlotte Eggarter, Udo-Axel Glunk, Günter Jäck, Bärbel Weiler

1999 – 2004
Hans-Dieter Schucker (Fraktionsvorsitzender), Hans Pfalzgraf (stellv. Fraktionsvorsitzender), Udo-Axel Glunk, Peter Lohmann, Christa Schulte, Bärbel Weiler

2004 – 2009
Hans Pfalzgraf (Fraktionsvorsitzender), Wolfgang Kappler (stellv. Fraktionsvorsitzender), Klaus Arheidt, Iris Holstein, Johannes Jung (bis 05/2006, danach Ursula Kumpf), Christa Schulte

2009 – 2014
Hans Pfalzgraf (Fraktionsvorsitzender), Dr. Jan-Dirk Rausch (stellv. Fraktionsvorsitzender), Klaus Arheidt, Iris Holstein, Christa Schulte (bis 09/2012, danach Jörg Köster)

seit 2014
Dr. Jan-Dirk Rausch (Fraktionsvorsitzender), Stefan Volz (stellv. Fraktionsvorsitzender), Iris Holstein, Jörg Köster, Hans Pfalzgraf

Durlacher SPD-Vorsitzende nach 1945

Christian Pfalzgraf bis 1947
Emil Busch 1947 – 1959
Willi Baschin 1959 – 1970
Hans-Dieter Schucker 1970 – 1975
Willi Baschin 1975 – 1977
Günter Jäck 1977 – 1989
Hans Pfalzgraf 1989 – 2001
Klaus Arheidt 2001 – 2010
Hans Pfalzgraf 2010 – 2011
Stefan Volz seit 2011

Literaturverzeichnis

Albiez, Robert/Glunk, Karl/Grund, Reinhold (Hg.)
Der überspielte Volkswille, 2. Aufl. Baden-Baden 1992

Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg (Hg.)
Revolution im Südwesten – Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg, Karlsruhe 1997

Asche, Susanne/Ertel, Konstanze/Mührenberg, Anke
Fabrik im Museum – Industrie und Gewerbe in Durlach, Karlsruhe 2003

Asche, Susanne/Hochstrasser, Olivia
Durlach – Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, Karlsruhe 1996

Baade, Reiner/Baschin, Willi
75 Jahre SPD Durlach, Durlach 1964

Bublies-Godau, Birgit (Hg.)
„Dass die Frauen bessere Democraten, geborene Democraten seyen" – Henriette Obermüller-Venedey, Tagebücher und Lebenserinnerungen 1817 – 1871, Karlsruhe 1999

Dreßen, Wolfgang (Hg.)
1848 – 1849: Bürgerkrieg in Baden – Chronik einer verlorenen Revolution
Berlin 1975

Felber, Mirko/Malisius, Günther
Christian Hengst, Durlach 2005

Fenske, Hans
175 Jahre Badische Verfassung, Karlsruhe 1993

Grube, Frank/Richter, Gerhard
Die Weimarer Republik, Hamburg 1983

Historischer Verein Durlach (Hg,)
Durlach auf der Suche nach Gerechtigkeit
mit Beiträgen von Jan-Dirk Rausch, Jürgen Schuhladen-Krämer,
Eckhart Marggraf und Peter Güß, Durlach 2009

Mohr, Alexander
Die Stadt Durlach in der Badischen Revolution von 1848/49
Durlach 1993

Raab, Heinrich
Revolutionäre in Baden 1848/49, Stuttgart 1998

Rausch, Jan-Dirk/Gockel, Heinz
Durlachs historische Bauten, Durlach 2007

Real, Willy
Die Revolution in Baden 1848/49, Stuttgart u.a. 1983

SPD-Landesverband Baden-Württemberg (Hg.)
Avantgarde und Volkspartei – Die Sozialdemokraten im deutschen
Südwesten von ihren Anfängen bis heute
Stuttgart 2013

SPD-Kreisverband Karlsruhe/Manfred Koch (Hg.)
Im Mittelpunkt der Mensch – Parlamentsreden Karlsruher
SPD-Abgeordneter, Karlsruhe 2001

Werner, Josef
Karlsruhe 1945 – Unter Hakenkreuz, Trikolore und Sternenbanner
Karlsruhe 1985

Uns fehlen nur noch 100 Jahre!

Das 25 Jahre alte

Die regionale Elternzeitung

25 JAHRE

KARLSRUHER KIND

www.karlsruher-kind.de

gratuliert der Durlacher SPD zum beeindruckenden Jubiläum!

Architekturbüro
IRMSCHER
Freie Architekten VFA

Matthias Irmscher
Dipl.-Ing. Architekt

Unsere Leistungsbereiche:
ARCHITEKTUR
UMBAUTEN, SANIERUNGEN
GARTEN UND LANDSCHAFT
INNENRÄUME
DENKMÄLER

Architekturbüro Irmscher
Freie Architekten VFA
Mittelstraße 10
D-76227 Karlsruhe
Tel. 0721 94370 – 0
Fax 0721 94370 – 25
Email: ka@architekturbuero-irmscher.de

Stets haben wir in unserer über 30-jährigen Tätigkeit den ganzheitlichen Ansatz bei unseren Projekten gesehen. Dabei spielt die individuelle Beratung, das maßgeschneiderte Konzept, die gute Gestaltung, die Funktionalität, die Einhaltung von Kosten und Terminen sowie die energieeffiziente und nachhaltige Bauausführung eine wesentliche Rolle.
Die meisten Projekte haben wir als Gesamtplaner durchgeführt, um der Bauherrschaft einen kompetenten Ansprechpartner bieten zu können.
Gerne lösen wir auch Ihre Planungsaufgabe.

Dem SPD Ortsverein gratulieren wir zu seinem 125jährigen Wirken.

Haus
des Hörens
Anke Bünting

Ich gratuliere zum 125-jährigen
Bestehen der SPD Durlach.

www.Haus-des-Hoerens.de